

Antwort

der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage des Abgeordneten Werner Schulz (Berlin)
und der Gruppe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
— Drucksache 12/6789 —

Offene und versteckte Subventionen durch Steuervergünstigungen

Der Sachverständigenrat hat in einer grundsätzlichen Bewertung die Subventionspolitik der Bundesregierung einer kritischen Bewertung unterzogen und kommt zu folgendem Urteil: „Die bisherigen Erfolge sind gemessen am vorhandenen Subventionsvolumen und an der Größe des Konsolidierungsbedarfes äußerst bescheiden.“ (Gutachten 1993/94: Zi. 57). Auch das Mißbrauchsbekämpfungs- und Steuerbereinigungsgesetz – das im übrigen vornehmlich auf Mißbräuche im sozialen Bereich abstellt – ist ein Beispiel für diese bescheidenen Erfolge.

Von den Ausgaben des Bundes profitieren vielfach gesellschaftliche Gruppen, die nicht der staatlichen Unterstützung bedürfen. Offensichtlich ist dies bei den direkten Finanzhilfen und Transfers, die in der Subventionsberichterstattung der Bundesregierung ausgewiesen sind. Weniger deutlich sind die vielen steuerlichen Subventionstatbestände, die in den Subventionsberichten vielfach nicht quantifiziert sind und zum Teil ein beträchtliches Volumen ergeben. Die damit verbundenen steuerlichen Ungerechtigkeiten bleiben weitgehend im Verborgenen.

Gleichzeitig ergeben sich aus dem Wirrwarr der Steuersubventionen ökonomische Verzerrungen und „Disincentives“. Auch hier hat der Sachverständigenrat ein eindeutiges Urteil abgegeben und betont, daß im Abbau der Steuervergünstigungen ein beachtliches Potential für Steuermehreinnahmen liegt. Der Sachverständigenrat stellt weiter fest: „Zudem würde in vielen Fällen das Besteungsverfahren für Bürger und Finanzverwaltung vereinfacht, was oft auch ein Beitrag zu mehr Steuergerechtigkeit und zu effizienter Verwendung öffentlichen Geldes wäre. Ein solches Bereinigungsprogramm müßte sich an steuersystematischen Anforderungen ausrichten und dürfte sich nicht nur in punktuellen Korrekturen des derzeitigen Systems erschöpfen.“ (Jahresgutachten 1993/94: Zi. 309)

Die Bundesregierung hat zwar punktuell Korrekturen bei den Steuersubventionen vorgenommen, insgesamt ist sie jedoch weit hinter den vom Sachverständigenrat

formulierten Anforderungen zurückgeblieben. Die Bundesregierung ist nicht bereit, die ungerechten steuerlichen Begünstigungen substantiell abzubauen. Sie handelt weiterhin im Interesse einflußreicher Verbände und für sie wichtiger Wählerschichten. Steuergerechtigkeit ist so nicht zu erreichen und ebenso wenig können wirtschaftlich sinnvolle Regelungen im Steuerrecht gefunden werden. So stellt der Wissenschaftliche Beirat (Finanzen) im jüngsten Gutachten zu Recht fest: „Erhebliche Spielräume für eine Vergrößerung der Steuereinnahmen liegen immer noch in einer weiteren Durchforstung von Steuervergünstigungen und von sonstigen unsystematischen steuerlichen Einzelregelungen. Dem ökonomischen Charakter nach handelt es sich dabei sehr oft um verkappte, das heißt als Einnahmeabzüge getarnte Staatsausgaben.“ (Perspektiven staatlicher Ausgabenpolitik, Bonn 1994: 11 f.)

Bisher hat die Bundesregierung auf eine umfassende Darstellung bei den Subventionen verzichtet. In der bisherigen Subventionsberichterstattung wird nur ein Teil der staatlichen Subventionen erfaßt.

Vorbemerkung

Die Entwicklung der Subventionen des Bundes steht seit der deutschen Einheit ganz im Zeichen der Umschichtung von den alten in die neuen Länder. Seit 1990 wurden die Finanzhilfen und Steuervergünstigungen des Bundes in den alten Ländern um gut ein Viertel verringert. Ihre Bedeutung hat dabei in wesentlich größerem Umfang abgenommen. Während der Anteil der Finanzhilfen und Steuervergünstigungen des Bundes 1990 noch 1,2 v. H. des Bruttosozialproduktes betrug, sind es 1994 für die alten Länder schätzungsweise nur noch 0,75 v. H. (gemessen am Brutto-

sozialprodukt allein der alten Länder). Gegenüber 1982 hat sich der Anteil sogar halbiert. So stellt auch das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung (RWI) in seiner Strukturberichterstattung 1993 fest, daß „insgesamt bereits für die 80er Jahre von einer restriktiven Politik gegenüber von Subventionen gesprochen werden“ kann (Band 1, S. 231).

Entsprechend § 12 des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes enthält der Subventionsbericht der Bundesregierung Anpassungs-, Erhaltungs- und Produktivitätshilfen an Betriebe und Wirtschaftszweige sowie sonstige Hilfen des Bundes, die in wichtigen Bereichen des volkswirtschaftlichen Marktprozesses bestimmte Güter und Leistungen für private Haushalte verbilligen. Die Subventionsberichte enthalten hingegen keine Aufwendungen für allgemeine Staatsaufgaben. Nach dem Gesetzauftrag spiegelt der Subventionsbericht daher nur einen Teil der staatlichen Aktivitäten wider, die mittel- und unmittelbar die Wirtschaft beeinflussen. Über andere staatliche Aufgabenfelder – darunter auch subventionsähnliche Zuwendungen – geben andere Berichte der Bundesregierung Auskunft, wie z. B. der Umweltbericht, der Wohngeld- und Mietenbericht, der Agrarbericht und der Sozialbericht.

A. Steuersubventionen

Einleitung

Eine einfache und gerechte Besteuerung kann nur verwirklicht werden, wenn nicht-fiskalische Zielsetzungen im Steuersystem in möglichst engen Grenzen gehalten werden. Insofern müssen steuerliche Fördermaßnahmen immer wieder überprüft werden. Alle größeren Steueränderungsgesetze der letzten Jahre sehen deshalb einen Abbau von Steuervergünstigungen und von steuerlichen Sonderregelungen sowie Maßnahmen zur Eindämmung von Mißbrauch steuerlicher

Bestimmungen vor. Auch mit dem zuletzt verabschiedeten Mißbrauchsbekämpfungs- und Steuerbereinigungsgesetz wurden zahlreiche Vergünstigungen abgeschafft und unerwünschte Gestaltungen eingeschränkt. Seit der Steuerreform 1990 sind Steuervergünstigungen und steuerliche Sonderregelungen in Höhe von rd. 41,5 Mrd. DM abgebaut worden, rd. 11,5 Mrd. DM allein im Jahr 1993. Im übrigen sind die im Subventionsbericht der Bundesregierung aufgeführten Steuervergünstigungen zu einem großen Teil befristet bzw. degressiv gestaltet.

1. Welche Steuervergünstigungen – aufgeteilt in die steuerlichen Bereiche: Einkommen- und Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer, Grundsteuer, Kraftfahrzeugsteuer, Umsatzsteuer, Verbrauchsteuern, Versicherungssteuer, Vermögensteuer, Erbschaftsteuer – existieren im Sinne des Subventionsbegriffs der Bundesregierung, aufgelistet nach den Bereichen

- a) Ernährung, Landwirtschaft und Forsten,
- b) Gewerbliche Wirtschaft,
- c) Verkehr,
- d) Wohnungswesen und Städtebau,
- e) Sparförderung und Vermögensbildung im Jahr 1993?

Welches sind die – entsprechend aufgeteilten – übrigen Steuervergünstigungen?

Die Steuervergünstigungen mit Subventionscharakter sind – aufgeteilt nach Wirtschaftsbereichen und Steuerarten – in den Subventionsberichten, zuletzt im 14. Subventionsbericht der Bundesregierung, in Anlage 2 (Positionen 1 bis 137) dargestellt.

Im folgenden werden die jeweils wichtigsten Steuervergünstigungen der einzelnen Bereiche nochmals aufgeführt.

Steuermindereinnahmen in Mio. DM für 1993

a) Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

Einkommensteuer

- | | |
|---|-----|
| – Ermittlung des Gewinns in der Land- und Forstwirtschaft nach Durchschnittssätzen (§ 13 a EStG) – Pos. 1 | 500 |
| – Freibeträge für Veräußerungsgewinne (§§ 14, 14 a EStG) – Pos. 3 | 290 |

b) Gewerbliche Wirtschaft

Einkommen- und Körperschaftsteuer

- | | |
|---|-------|
| – Steuervergünstigungen für betriebliche Investitionen im Zonenrandgebiet (§ 3 ZRFG) – Pos. 35 | 1 950 |
| – Sonderabschreibungen für betriebliche Investitionen im Beitrittsgebiet (§§ 2, 3, 5 und 6 Fördergebietsgesetz) – Pos. 42 | 2 350 |
| – Investitionszulagen für Ausrüstungsinvestitionen im Beitrittsgebiet (Investitionszulagengesetz 1991) – Pos. 46 | 4 600 |
| – Übertragung von stillen Reserven, die bei der Veräußerung bestimmter Wirtschaftsgüter aufgedeckt werden, auf neue Investitionen (§ 6 b Abs. 1 bis 7 und § 6 c EStG) – Pos. 56 | 1 050 |

| | Steuermindereinnahmen in Mio. DM für 1993 |
|--|--|
| – Sonderabschreibungen zur Förderung kleiner und mittlerer Betriebe (§ 7 g EStG) – Pos. 60 | 1 000 |
| Einkommen-, Körperschaft- und Umsatzsteuer | |
| – Steuervergünstigungen nach dem BerlinFG – Pos. 23 bis 33 und 36 | 3 930 |
| Vermögensteuer | |
| – Nichterhebung der Vermögensteuer 1991 bis 1995 im Beitrittsgebiet (§ 24 c VStG) – Pos. 48 | 350 |
| c) Verkehr | |
| Umsatzsteuer | |
| – Ermäßigter Steuersatz für Personenbeförderung im Nahverkehr (§ 12 Abs. 2 Nr. 10 UStG) – Pos. 95 | 870 |
| Kraftfahrzeugsteuer | |
| – Nichterhebung der Steuer für überzählige Kraftfahrzeuganhänger (§ 10 KraftStG) – Pos. 100 | 370 |
| Mineralölsteuer | |
| – Steuerbefreiung von Schweröl als Betriebsstoff für die gewerbliche Binnenschifffahrt (§ 4 Abs. 1 Nr. 4 MinöStG) – Pos. 101 | 350 |
| d) Wohnungswesen und Städtebau | |
| Einkommen- und Körperschaftsteuer | |
| – Sonderausgabenabzug für eigengenutztes Wohneigentum (§ 10 e Abs. 1 EStG) – Pos. 108 | 5 500 |
| – Kinderkomponente im Rahmen der Wohneigentumsförderung (§ 34 f EStG) – Pos. 113 | 1 590 |
| e) Sparförderung und Vermögensbildung | |
| Vermögensbildungsgesetz | |
| – Arbeitnehmer-Sparzulage (§ 13 des 5. VermBG) – Pos. 124 | 950 |
| f) Übrige Steuervergünstigungen | |
| Einkommen- und Körperschaftsteuer | |
| – Steuerbefreiung der Zuschläge für Nachtarbeit u. a. (§ 3 b EStG) – Pos. 126 | 1 340 |
| Umsatzsteuer | |
| – Ermäßigter Steuersatz für kulturelle und unterhaltende Leistungen (§ 12 Abs. 2 UStG) – Pos. 134 | 1 700 |
| – Ermäßigter Steuersatz für die Umsätze aus der Tätigkeit als Zahntechniker u. a. (§ 12 Abs. 2 Nr. 6 UStG) – Pos. 135 | 880 |

2. Welche Steuervergünstigungen wurden in den jeweiligen Bereichen seit dem Jahr 1985 neu geschaffen bzw. sind entfallen?

Siehe Zusammenstellung in Anlage 1.

3. Welche Veränderungen ergeben sich aufgrund der Steueränderungsgesetze der Jahre 1992 und 1993 für den Zeitraum bis 1998?

Die Veränderungen sind in der als Anlage 2 beigefügten Übersicht zusammengefaßt.

4. Wie hoch ist das Volumen der durch die Steuervergünstigungen entstandenen Mindereinnahmen (aufgeteilt nach einzelnen Steuern und mit Zuordnung zu den verschiedenen wirtschaftlichen Bereichen) im Zeitraum von 1984 bis 1994?

Wie hoch schätzt die Bundesregierung die entsprechenden Mindereinnahmen für die Jahre 1995 bis 1998?

5. Wie hoch ist das Gesamtvolumen der durch die Steuervergünstigungen entstandenen Mindereinnahmen im Zeitraum von 1984 bis 1994?

Wie hoch schätzt die Bundesregierung die entsprechenden Mindereinnahmen für die Jahre 1995 bis 1998?

Zum Volumen der durch die Steuervergünstigungen entstandenen Mindereinnahmen – aufgeteilt nach Einzelsteuern und Wirtschaftsbereichen – für den Zeitraum 1984 bis 1994 siehe in Anlage 3.

desregierung nicht den Subventionen zuzurechnen sind) im Jahr 1993?

6. Welche Steuervergünstigungen – aufgeteilt in die steuerlichen Bereiche: Einkommen- und Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer, Grundsteuer, Kraftfahrzeugsteuer, Umsatzsteuer, Verbrauchsteuern, Versicherungssteuer, Vermögensteuer, Erbschaftsteuer – existieren im Bereich der sonstigen steuerlichen Regelungen (die nach Auffassung der Bun-

Die sonstigen steuerlichen Regelungen – aufgeteilt nach Steuerarten – sind in den Subventionsberichten, zuletzt im 14. Subventionsbericht der Bundesregierung, Anlage 3 (Positionen 1 bis 69), dargestellt.

Im folgenden werden die jeweils wichtigsten steuerlichen Regelungen, aufgeteilt nach Steuerarten, nochmals aufgeführt.

Steuermindereinnahmen
in Mio. DM für 1993

1. Einkommen- und Körperschaftsteuer

- | | |
|--|-------|
| – Abzug der Kirchensteuer als Sonderausgaben (§ 10 Abs. 1 Nr. 4 EStG) – Pos. 4 | 4 400 |
| – Steuerbegünstigung von Ausgaben zur Förderung mildtätiger, kirchlicher, religiöser, wissenschaftlicher und der besonders förderungswürdig anerkannten gemeinnützigen Zwecke sowie von Mitgliedsbeiträgen und Spenden an politische Parteien (§ 10 b EStG) – Pos. 7 | 945 |
| – Freibetrag von 6 000/12 000 DM (Alleinstehende/Verheiratete) bei Einkünften aus Kapitalvermögen (§ 20 Abs. 4 EStG) – Pos. 9 | 6 350 |
| – Pauschalierung der Lohnsteuer bei bestimmten Zukunftssicherungsleistungen mit einem Steuersatz von 15 v. H. (§ 40 b EStG) – Pos. 12 | 2 030 |

2. Vermögensteuer

- | | |
|---|-------|
| – Freibetrag für inländisches Betriebsvermögen von 500 000; Ansatz des darüber hinausgehenden Teils des Betriebsvermögens mit 75 v. H. des Einheitswerts (§ 117 a Abs. 1 u. 3 BewG) – Pos. 34 | 2 205 |
|---|-------|

3. Umsatzsteuer

- | | |
|---|-------|
| – Befreiung der ärztlichen Leistungen (§ 4 Nr. 14 UStG) – Pos. 49 | 7 400 |
| – Befreiung der Sozialversicherungsträger, Krankenhäuser, Diagnosekliniken, Altenheime u. a. (§ 4 Nr. 15 bis 19 UStG) – Pos. 50 | 5 700 |

7. Wie hoch ist das Volumen der durch die (in Frage 6 angesprochenen) Steuervergünstigungen entstandenen Mindereinnahmen (aufgeteilt nach einzelnen Steuern) im Zeitraum von 1984 bis 1994?

Wie hoch schätzt die Bundesregierung die entsprechenden Mindereinnahmen für die Jahre 1995 bis 1998?

Wie hoch ist das Gesamtvolumen der dadurch entstandenen Mindereinnahmen im Zeitraum von 1984 bis 1994?

Das Volumen der in Frage 6 angesprochenen Steuervergünstigungen – aufgeteilt nach einzelnen Steuern – für den Zeitraum 1984 bis 1994 ist aus Anlage 4 ersichtlich.

8. Wie hoch ist das Volumen der durch die Gesamtheit der Steuervergünstigungen (entsprechend Fragen 1 und 6) entstandenen Steuermindereinnahmen (aufgeteilt nach einzelnen Steuern) in den Jahren 1984 bis 1994?

Wie hoch schätzt die Bundesregierung die Mindereinnahmen für die Jahre 1995 bis 1998?

9. Wie hoch ist das jeweilige Volumen der durch die Gesamtheit der Steuervergünstigungen entstandenen Steuermindereinnahmen in den Jahren 1984 bis 1994?

Wie hoch schätzt die Bundesregierung die Mindereinnahmen für die Jahre 1995 bis 1998?

Das Volumen der durch die Gesamtheit der Steuervergünstigungen und der sonstigen steuerlichen Regelungen der Anlagen 2 und 3 der Subventionsberichte der Bundesregierung ermittelten Steuermindereinnahmen für die Jahre 1984 bis 1994 ist der als Anlage 5 beigefügten Übersicht zu entnehmen.

Steuermindereinnahmen in den Jahren 1995 bis 1998 (Fragen 4, 5, 7, 8 und 9)

Für die in den Jahren 1995 bis 1998 eintretenden Steuermindereinnahmen der in den Anlagen 2 und 3 des Subventionsberichts genannten Vorschriften liegen keine Angaben vor.

B. Versteckte und illegale steuerliche Subventionierung

Einleitung

Vor dem Hintergrund der durch die deutsche Einheit bedingten außergewöhnlichen finanziellen Anforderungen und damit der Notwendigkeit, die verfügbaren Finanzierungsquellen bestmöglich zu nutzen, ist die Bekämpfung von Mißbrauch im Steuersystem ein wichtiges Anliegen der Steuerpolitik. Aber auch aus Gründen der Steuergerechtigkeit und der Steuervereinfachung hat die Mißbrauchsbekämpfung stets einen hohen Stellenwert in der Steuerpolitik der Bundesregierung eingenommen. Für die Verwaltung der Steuern, die Bund und Ländern gemeinsam oder ausschließlich den Ländern zustehen, sind nach der Kompetenzordnung des Grundgesetzes die Bundesländer verantwortlich. Der Bund kann aber einen wesentlichen Beitrag durch verstärkte Anstrengungen zur Steuervereinfachung leisten, denn ein kompliziertes Steuersystem erschwert die Umsetzung einer gleichmäßigen und gerechten Besteuerung. Deshalb wird der Bundesminister der Finanzen demnächst ein Diskussionspapier zur Steuervereinfachung vorlegen und dieses mit den Ländern und Verbänden erörtern.

1. Stimmt die Bundesregierung der Bewertung der Deutschen Steuergewerkschaft zu, die im Juni 1993 unter Berufung auf den Wissenschaftlichen Beirat (Finanzen) feststellte, daß „in den Bundesländern Wirtschaftsförderung über die Duldung von Steuerhinterziehung und Steuerverkürzung betrieben (wird)“?

Falls nicht, kann die Bundesregierung erklären, warum die Deutsche Steuergewerkschaft zu einem derartigen Urteil gelangte?

Der Bundesregierung ist nicht bekannt, daß „in den Bundesländern Wirtschaftsförderung über die Duldung von Steuerhinterziehung und Steuerverkürzungen betrieben“ würde. Sie kann deshalb auch nicht erklären, warum die Deutsche Steuergewerkschaft zu einem derartigen Urteil gelangte.

Nach der Kompetenzordnung des Grundgesetzes sind die Länder für die Verwaltung der Besitz- und Verkehrsteuern zuständig. Sie tragen die Verantwortung für einen sachgerechten und gleichmäßigen Vollzug der Steuergesetze und haben dabei für eine entsprechende Personal- und Sachausstattung der Finanzämter zu sorgen. Der Bundesminister der Finanzen hat sich wiederholt bei den Ländern sowohl für eine Verbesserung der sachlichen Ausstattung als auch für die Verstärkung des Personals bei den Betriebsprüfungs- und Steuerfahndungsdiensten eingesetzt. Er hat dieses Thema z. B. des öfteren in den regelmäßigen Besprechungen mit den obersten Finanzbehörden der Länder angesprochen.

Eine möglichst gleichmäßige Besteuerung und eine effiziente Ausschöpfung der Steuerquellen liegen auch im ureigenen Interesse der Länder, da sie an den Steuereinnahmen wesentlich beteiligt sind. Ihre Finanzbasis hängt somit auch von der Effizienz ihrer Steuerverwaltung ab.

2. Wie bewertet die Bundesregierung die in Bayern geübte Praxis, durch „politische Protektion“ (Handelsblatt 13. Dezember 1993: 7) einzelne Steuerfälle zugunsten der Steuerpflichtigen außerhalb des gesetzlichen Besteuerungsverfahrens – d. h. an den zuständigen Finanzämtern vorbei – zu regeln?

Kann sich die Bundesregierung vorstellen, daß diese Praxis zu der von der Deutschen Steuergewerkschaft angesprochenen Steuerhinterziehung und Steuerverkürzung zählt?

Die Fragestellung enthält eine von Ihnen nicht belegte Unterstellung.

Die Zuständigkeit für Stundung, Erlaß, Billigkeitsmaßnahmen nach den §§ 163, 234 Abs. 2, § 237 Abs. 4 AO, Absehen von Festsetzungen nach § 156 Abs. 2 AO und Niederschlagung der Landessteuern und sonstigen durch Landesfinanzbehörden verwalteten Steuern und Abgaben nach § 261 AO richtete sich nach den gleichlautenden Erlassen der obersten Finanzbehörden der Länder vom 2. August 1982, BStBl I 1982 S. 688. Hinsichtlich der Mitwirkung des Bundesministers der Finanzen bei Billigkeitsmaßnahmen bei der Festsetzung oder Erhebung von Steuern, die von den Landesfinanzbehörden im Auftrag des Bundes verwaltet werden, galten die Regelungen nach dem BMF-Schreiben vom 15. Dezember 1982 – IV A 5 – S 0457 – 14/82 – BStBl 1982 I S. 901. Diese Regelungen sind durch die gleichlautenden Erlasse vom 10. Januar 1994, BStBl 1994 I S. 94, und das BMF-Schreiben vom 10. Januar 1994 – IV A 8 – S 0457 – 1/94 – BStBl 1994 I S. 93, ersetzt worden. Die mit Wirkung vom 10. Januar 1994 eingetretenen Veränderungen beziehen sich allein auf die in der Vergangenheit eingetretenen Wirtschaftsentwicklungen. Hinsichtlich der Niederschlagung ist eine Mitwirkung des Bundes nicht vorgesehen.

Im übrigen wirkt die Bundesregierung gemeinsam mit den Ländern durch allgemeine Verwaltungsanweisungen (Richtlinien) auf eine gleichmäßige Besteuerung hin. Weisungen gelten unabhängig davon, ob ein Finanzamt selbst oder die vorgesetzte Behörde im Rahmen ihrer Zuständigkeit entscheidet.

3. Wie bewertet die Bundesregierung die in Bayern entstandenen Steuerausfälle, wo in den Steuer-sachen Zwick, Moksel und Hurler durch Weisungen übergeordneter Instanzen (Oberfinanzdirektion) nach Schätzungen der bayerischen Finanzgewerkschaft Steuerausfälle in Millionenhöhe entstanden sind?

Wie hoch ist nach Erkenntnis der Bundesregierung der Umfang der Steuerausfälle in den genannten Steuersachen?

Kann die Bundesregierung darlegen, auf welcher Rechtsgrundlage diese steuerliche Begünstigung erfolgt ist?

Handelt es sich dabei um eine gewollte Subventionierung im Sinne des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes?

Falls nicht, welchen Beitrag leistet die Bundesregierung, eine rechtmäßige Besteuerung in Bayern sicherzustellen?

Auskünften über die Behandlung von einzelnen Steuerfällen steht das Steuergeheimnis (§ 30 AO) entgegen.

Auch diese Fragen enthalten von Ihnen nicht belegte Unterstellungen.

Die Bundesregierung wirkt durch koordinierte Erlasse ständig auf die rechtmäßige Besteuerung im ganzen Bundesgebiet hin. Hierüber wachen zudem die Rechnungshöfe.

4. Stimmt die Bundesregierung der Aussage der bayerischen Steuergewerkschaft zu, wonach die in den genannten Fällen geduldete Steuerhinterziehung, „bei den Steuerpflichtigen und Finanzbeamten den Eindruck erweckt, als ginge es nicht mit rechten Dingen zu“?

Die Fragestellung enthält eine von Ihnen nicht belegte Unterstellung. Die Bundesregierung weiß sich mit den Länderregierungen im Kampf gegen Steuerhinterziehung einig.

5. Handelt es sich nach Auffassung der Bundesregierung bei der „eklatant rechtswidrigen“ (Landesrechnungshof Saarland) steuerlichen Behandlung des Investors Zwick im Saarland ebenfalls um einen Fall politischer Protektion, bei der Steuerfälle außerhalb des gesetzlich vorgesehenen Besteuerungsverfahrens geregelt wurden?

Wie hoch ist nach Erkenntnis der Bundesregierung der Umfang der Steuerausfälle?

Kann die Bundesregierung darlegen, auf welcher Rechtsgrundlage diese steuerliche Begünstigung erfolgt ist?

Handelt es sich dabei um eine gewollte Subventionierung im Sinne des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes?

Falls nicht, welchen Beitrag leistet die Bundesregierung, eine rechtmäßige Besteuerung im Saarland sicherzustellen?

Auskünften über die Behandlung von einzelnen Steuerfällen steht das Steuergeheimnis (§ 30 AO) entgegen. Im übrigen wird auf die Antwort zu Frage B. 3 verwiesen.

6. Handelt es sich bei den genannten Fällen um eine besondere Form der Subventionierung, die nur auf Bayern und das Saarland beschränkt ist, oder sind der Bundesregierung über die in den vorstehenden Fragen genannten Beispiele hinaus weitere Fälle bekannt, in denen durch Weisungen übergeordnete Instanzen (Oberfinanzdirektion und Finanzministerium) Steuern nicht festgesetzt, erlassen oder niedergeschlagen worden sind?

Wie hoch veranschlagt die Bundesregierung das Gesamtvolumen dieser Steuerausfälle?

Wie verteilen sich diese Steuerausfälle auf die einzelnen Bundesländer?

Der Beantwortung der Fragen steht das Steuergeheimnis (§ 30 AO) entgegen.

7. Welche Mittel und Wege sieht die Bundesregierung, um die in den vorstehenden Fragen angesprochene Subventionierung qua geduldeter Steuerhinterziehung und Steuerverkürzung künftig zu verhindern?

Wie bewertet die Bundesregierung Reformvorschläge – etwa die Orientierung an einer Steueraus schöpfungsquote –, die die Bundesländer im Zuge einer Reform des Bund-Länder-Finanzausgleiches zu einer besseren Pflege und Ausschöpfung ihrer Steuerkraft veranlassen würden?

Zur ersten Teilfrage wird auf die Antwort zu Frage B. 4 verwiesen.

Vorschläge, die Berechnung des Länderfinanzausgleiches an einer Steueraus schöpfungsquote zu orientieren, sind nach geltendem Verfassungsrecht nicht realisierbar. Nach Artikel 107 Abs. 2 Satz 1 GG hat sich der Länderfinanzausgleich an der tatsächlichen Finanzkraft der Länder zu orientieren und nicht an hypothetischen Einnahmesituationen. Zudem erscheint es ausgeschlossen, daß ein nicht auf die tatsächliche Einnahmesituation abstellender Maßstab gefunden werden könnte, der den strengen Anforderungen des Bundesverfassungsgerichts hinsichtlich der Garantie einer angemessenen Finanzausstattung der Länder gerecht würde und dennoch ausreichend klar und abgrenzbar wäre, um permanente Streitigkeiten über die Berechnung auszuschließen. Im übrigen ist die Progressivität des Abschöpfungstarifs in der Neuregelung ab 1995 gemildert worden. Die Steuermehreinnahmen eines Landes werden im Länderfinanzausgleich in geringerem Maße als bisher abgeschöpft. Damit relativiert sich das Problem der Pflege und Ausschöpfung der Steuerkraft.

C. Versteckte steuerliche Subventionierung durch Schattenwirtschaft

Einleitung

Schattenwirtschaft und Steuerhinterziehung lassen sich grundsätzlich nicht exakt erfassen und quantifizieren. Dies liegt in der Natur der Sache. Allerdings müssen alle Politikbereiche bestrebt sein, die Schattenwirtschaft durch geeignete Maßnahmen so eng wie möglich zu begrenzen.

Wichtige Ansatzpunkte zur Eindämmung der Schattenwirtschaft sind die Steuerbelastung und die Regulierungsdichte. Erfahrungsgemäß steigt die Bereitschaft zur Steuerhinterziehung mit steigender Abgabenbelastung von Bürgern und Betrieben. Deshalb sind bestehende staatliche Regulierungen ständig zu überprüfen und nach Möglichkeit einzuschränken. Auch müssen Belastungsgrenzen von Bürgern und Betrieben beachtet werden. Strukturelle Verbesserungen im Steuersystem und eine Rückführung der hohen Steuerbelastung sind deshalb notwendig. Allerdings sind dabei die Haushaltsmöglichkeiten zu beachten. Eine konsequente Konsolidierungspolitik mit Einsparungen bei Haushaltsausgaben ist demnach eine notwendige Voraussetzung für die mittelfristige Rückführung der Abgabenbelastung.

1. Stimmt die Bundesregierung der Schätzung der Deutschen Steuergewerkschaft zu, daß jährlich etwa 12 vom Hundert des Bruttosozialproduktes – 1992 waren dies etwa 363 Mrd. DM – durch die Schattenwirtschaft der Besteuerung entzogen werden, und daß dadurch in den alten Bundesländern im Jahr 1992 Steuerausfälle in Höhe von mindestens 130 Mrd. DM entstanden sind?

Wenn nicht, wie hoch ist nach Ansicht der Bundesregierung das Volumen der durch Schattenwirtschaft entstandenen Steuerausfälle?

Die Bundesregierung hat wiederholt darauf hingewiesen, daß die Schätzungen der Deutschen Steuergewerkschaft zum Umfang von Schattenwirtschaft und Steuerhinterziehung nicht belegbar sind. Es stehen keine ausreichend fundierten und aussagekräftigen Analysen zum Umfang und zur Struktur von Schattenwirtschaft und Steuerhinterziehung in Deutschland zur Verfügung. Das behauptete Ausmaß ist nicht plausibel. Schattenwirtschaft und Steuerhinterziehung entziehen sich grundsätzlich einer Erfassung und exakten Quantifizierung.

Im übrigen besteht nach der Lebenserfahrung ein Zusammenhang zwischen Steuerbelastung und Steuervermeidung. Die Bundesregierung ist deshalb bemüht, den Abgabendruck mittelfristig wieder zu lockern. Der Zeitpunkt, zu dem die Steuerbelastung zurückgeführt werden kann, hängt von den Fortschritten bei der Konsolidierung der Staatsfinanzen ab.

2. Wie bewertet die Bundesregierung in diesem Zusammenhang die Untersuchung des Europäischen Zentrums für Wirtschaftsforschung (ZEW), wonach bereits im Jahr 1983 in der Einkommenbesteuerung ein Steuerausfall in Höhe von 72 Mrd. DM durch Schattenwirtschaft zu verzeichnen war?

Die in der Frage angesprochene Studie des ZEW ermittelt nach Daten der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1993 über Einkommen und gezahlte Einkommensteuer die Differenz zwischen dem tatsächlichen Einkommensteueraufkommen und einem fiktiven Einkommensteueraufkommen, das sich ergäbe, wenn jeder Steuerpflichtige nur „Standardabzüge“ geltend machen könnte.

Diese auf 72 Mrd. DM geschätzte Differenz dürfte weit überwiegend auf die Ausnutzung legaler Möglichkeiten der Steuerverminderung (z. B. im Bereich der Wohnungsbauförderung) zurückzuführen sein. Das ZEW trifft keine Aussagen darüber, in welchem Umfang die ermittelte Steuerausfallsdifferenz auf Steuerhinterziehung bzw. Schattenwirtschaft zurückzuführen ist. Es ist unwahrscheinlich, daß im Rahmen der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe in nennenswertem Umfang steuerpflichtige Einkommenszuflüsse erfaßt werden, die der Einkommensbesteuerung entzogen wurden.

Die Schätzung des ZEW erfaßt somit im wesentlichen die Steuermindereinnahmen infolge der Möglichkeit, erhöhte Steuerabzüge in Anspruch zu nehmen. Sie ist keine Schätzung der Steuerausfälle durch Schattenwirtschaft.

3. Kann die Bundesregierung angeben, durch welche Tatbestände diese Steuerausfälle gekennzeichnet sind (etwa Beschäftigung von Arbeitnehmern etc.) und wie sie sich auf die verschiedenen Wirtschaftssektoren verteilen?

Da die Studie des ZEW keine Aussagen über die Höhe der durch Schattenwirtschaft hervorgerufenen Mindereinnahmen bei der Einkommensteuer enthält, sind weitere Differenzierungen auf der Grundlage der ZEW-Untersuchung nicht möglich.

Im übrigen war die Eindämmung von Mißbräuchen im Steuersystem schon immer ein nachhaltig verfolgtes steuerpolitisches Ziel der Bundesregierung. Alle größeren Steueränderungsgesetze der letzten Jahre enthalten deshalb Regelungen zur Eindämmung von Mißbräuchen im Steuersystem.

D. Ökologische Wirkungen von Subventionen

Einleitung

Die Umweltpolitik der Bundesregierung zielt auf den Erhalt und die Verbesserung der natürlichen Lebensgrundlagen auch für künftige Generationen. Dies erfordert eine stärkere Verzahnung von Umweltpolitik mit anderen Bereichen, auch im Sinne einer Integration umweltpolitischer Anliegen in alle politischen Aufgabenfelder.

Wie der 1993 veröffentlichte „Länderprüfbericht“ der OECD zur Umweltsituation und Umweltpolitik in Deutschland bestätigt, hat der Umweltschutz ein im internationalen Vergleich hohes Niveau erreicht. Nach einer Untersuchung des Instituts der deutschen Wirtschaft lagen die Umweltschutzausgaben in sechs Industrieländern [Deutschland (früheres Bundesgebiet), Frankreich, Japan, Österreich, Niederlande, USA] nach Angaben der OECD 1990 zwischen 1 und 1,7 v. H. des Bruttoinlandsprodukts (BIP), wobei Deutschland mit einem 1,6-v. H.-Anteil der Umweltschutzausgaben am BIP im internationalen Vergleich recht gut abschneidet.

Auch die Maßnahmen zur Förderung der Investitionen im Zusammenhang mit dem Aufbau Ost und dem Standort Deutschland dienen ebenfalls dem Umweltschutz, denn neue Investitionen sind entsprechend dem technischen Fortschritt günstiger im Verbrauch von Energie und Rohstoffen. Die wirtschafts- und wachstumsfreundliche Finanz- und Steuerpolitik der Bundesregierung hat insgesamt umweltpolitisch vorteilhafte Wirkungen. Die im Subventionsbericht ausgewiesenen umweltpolitisch bedeutsamen Finanzhilfen und Steuervergünstigungen vermitteln daher keinen Gesamtüberblick über den umweltpolitischen Beitrag der Finanz- und Steuerpolitik. Insofern hat auch die Berechnung eines Anteils spezifischer Finanzhilfen und Steuervergünstigungen, die unmittelbar dem Umweltschutz dienen, nur begrenzte Aussagekraft.

1. Welche Finanzhilfen und Steuervergünstigungen sind nach Ansicht der Bundesregierung im einzel-

nen für den Umweltschutz in den Jahren 1990 bis 1995 vorgesehen (Angaben des Zeitpunkts der Einführung, der genauen Zielsetzung, der Befristung und der jeweiligen Haushaltswirkungen bzw. Steuermindereinnahmen)?

Im folgenden werden die wichtigsten Finanzhilfen und Steuervergünstigungen dargestellt. Die Verbesserung steuerlicher Rahmenbedingungen (z. B. Stärkung der Eigenkapitaldecke der Unternehmen, Verbesserung der Investitionsbedingungen) dient auch der fortläufigen ökologischen Modernisierung des Anlagenstocks und ermöglicht den Unternehmen, umweltbedingte Auflagen des Ordnungsrechts besser zu erfüllen.

2. Wie hoch ist der Anteil (Volumen und v.H.-Anteil) der nach Ansicht der Bundesregierung in den Jahren 1990 bis 1995 für den Umweltschutz vorgesehenen Finanzhilfen und Steuervergünstigungen an der Gesamtheit der Subventionen
 - a) in der Abgrenzung der sechs führenden Wirtschaftsforschungsinstitute und
 - b) in der Abgrenzung der Subventionsberichterstattung der Bundesregierung?

Im Strukturbericht 1993 schreibt das RWI die Subventionen in Abgrenzung der Wirtschaftsforschungsinstitute für das Jahr 1992 nur pauschal im Vergleich zu 1990 fort. Da auch für die zuvor errechneten Subventionszahlen nicht alle von den Wirtschaftsforschungsinstituten einbezogenen Programme detailliert ausgewiesen werden (z. B. für Länder- und Gemeindegemeinschaften), ist eine Berechnung eines Anteils von Subventionen, die innerhalb der Abgrenzung der Strukturberichterstattung der Wirtschaftsforschungsinstitute dem Umweltschutz dienen, für die Bundesregierung nicht möglich.

Im übrigen siehe Einleitung und Antwort zur Frage 1.

3. Wie groß ist das Volumen der Finanzhilfen und Steuermindereinnahmen jeweils bei
 - der Mineralölsteuerbefreiung für die Luftfahrt,
 - der Mineralölsteuerbefreiung für die gewerbliche Binnenschifffahrt,
 - der Förderung der Luftfahrttechnik,
 - der Nichterhebung der Kfz-Steuer für überzählige Kfz-Anhänger,
 - der Gasölverbilligung in der Landwirtschaft,
 - Befreiung der Zugmaschinen und anderen landwirtschaftlichen Fahrzeugen von der Kfz-Steuer,
 - der agrarstrukturellen Förderung,
 - sozio-strukturellem Einkommensausgleich in der Landwirtschaft,
 - der Kokscohenbeihilfe
 in den Jahren 1990 bis 1995?

Finanzhilfen mit Bezug zum Umweltschutz

– Mio. DM –

| Lfd. Nr. | Bezeichnung | Zeitpunkt der Einführung | Zielsetzung | Befristung | 1990 ¹⁾ | 1991 | 1992 | 1993 | 1994 | 1995 Finanzplanungs- jahr |
|----------|---|--------------------------|--|--------------------------|--------------------|------------|------------|--------------|--------------|---------------------------------|
| | | | | | Ist | | | | Soll | |
| 1 | Förderung der Sanierung von Fernwärmeanlagen | 1992 | Sanierung der Fernwärmeversorgungsanlagen | 31. Dezember 1995 | – | – | 149,3 | 149,6 | 150,0 | 150,0 |
| 2 | Zuschüsse zum Bau von Kohleheizkraftwerken und zum Ausbau der Fernwärmeversorgung | August 1981 | Beschleunigter Ausbau der Fernwärme | Abwicklung bis Ende 1993 | 24,3 | 9,6 | 4,7 | 2,4 | – | – |
| 3 | Fördermaßnahme „250 MW Wind“ Betriebskostenzuschuß Investitionszuschuß | 1989 | Großexperiment zur Erprobung der Windenergie | ca. 2007 | – 3,8 | 1,2 6,8 | 6,5 9,9 | 14,2 10,7 | 20,0 12,0 | 21,0 12,0 |

1) Einschließlich der in den Haushaltsnachträgen veranschlagten Finanzhilfen für die neuen Länder (ohne Abschnitt B des 3. Nachtrags zum Bundeshaushalt).

Steuervergünstigungen mit Bezug zum Umweltschutz

| Lfd. Nr. | Maßnahme (Rechtsgrundlage) | Zeitpunkt der Einführung | Zielsetzung | Befristung | Steuermindereinnahmen in Mio. DM | | | | |
|----------|--|--------------------------|--|------------------------------------|----------------------------------|-------|------|------|------|
| | | | | | 1990 | 1991 | 1992 | 1993 | 1994 |
| 1 | Erhöhte Absetzungen bei Wirtschaftsgütern, die dem Umweltschutz dienen (§ 7 d EStG) | 1975 | Verhinderung durch von Betrieben ausgehende Umweltbeeinträchtigungen | 31. 12. 1990 | 600 | 355 | 165 | 40 | 10 |
| 2 | Erhöhte Absetzungen für bestimmte Energiesparmaßnahmen an Gebäuden (§ 82 a EStDV) | 1959 | Wärme- u. Lärmschutz; Förderung von Windkraft- u. Biogasanlagen sowie umweltfreundlichen Heizungs- und Warmwasseranlagen | 31. 12. 1991 | 440 | 500 | 470 | 450 | 440 |
| 3 | Gewährung einer Investitionszulage von 7,5 v. H. für bestimmte Energiesparmaßnahmen (§ 4 a InvZulG) | 1974 | Förderung von betrieblichen Investitionen zur Energieeinsparung | 31. 12. 1989 mit Übergangsregelung | 313 | 246 | 107 | 20 | – |
| 4 | Steuerliche Begünstigung von Wasserkraftwerken (§ 4 VO über die steuerliche Begünstigung von Wasserkraftwerken) | 1944 | Förderung aus energiepolitischen Gründen | 31. 12. 1990/2010 | 5 | 5 | 5 | 5 | 5 |
| 5 | Umweltfördernde Gestaltung der Kraftfahrzeugsteuer für Pkw (§§ 3 b, 3 c, 3 d, 3 e, 3 f und 3 g KraftStG) | 1. 7. 1985 | Förderung schadstoffarmer Pkw | unterschiedlich | mittelfristig aufkommensneutral | | | | |
| 6 | Rückwirkende Förderung für Nachrüstungen von Pkw (§ 3 g Abs. 8 KraftStG) | 1991 | Förderung umweltfreundlicher Pkw | 31. 7. 1992 | – | – | 3 | – | – |
| 7 | Ermäßigung der Kfz-Steuer um 50 v. H. für Elektrofahrzeuge (§ 9 Abs. 2 KraftStG) | 1972/1979 | Förderung umweltfreundlicher Elektrofahrzeuge | unbefristet | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| 8 | Steuerermäßigung für Gasöl u. a. bei Verwendung von Antrieb von Gasturbinen und Verbrennungsmotoren (§ 3 Abs. 3 MinöStG) | 1960/1978 | Förderung der Einführung energiesparender Technologien | unbefristet | – | – | – | – | – |
| 9 | Summe: | | | | 1 358 | 1 106 | 750 | 515 | 455 |

Das Volumen der Finanzhilfen und Steuermindereinnahmen ergibt sich aus den folgenden Tabellen:

Finanzhilfen in speziellen Bereichen

– in Mio. DM –

| Lfd. Nr. 14. SB | Bezeichnung | 1990 ¹⁾ | 1991 | 1992 | 1993 | 1994 | 1995 Finanz- planungs- jahr |
|--------------------|--|--------------------|---------|---------|---------|-----------------------|--------------------------------------|
| | | Ist | | | | Soll | |
| 5 | Gasölverbilligung in der Landwirtschaft | 656,9 | 823,5 | 876,5 | 840,5 | 890,0 | 910,0 |
| 6 | Soziostruktureller Einkommensausgleich ²⁾ | 645,4 | 646,7 | 1 703,6 | 1 410,0 | 940,0 | 470,0 |
| 23–38 | GA „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ | 1 211,2 | 1 663,0 | 1 978,6 | 1 995,5 | 2 190,0 ³⁾ | 2 030,0 |
| 54 | Kokskohlenbeihilfe | 2 529,5 | 2 469,4 | 2 390,0 | 2 234,0 | 1 890,0 ³⁾ | 1 500,0 |
| 78 | Förderung der Luftfahrttechnik | 1 134,3 | 1 373,1 | 952,0 | 432,4 | 220,3 | 150,0 |

1) Einschließlich der in den Haushaltsnachträgen veranschlagten Finanzhilfen für die neuen Länder (ohne Abschnitt B des 3. Nachtrags zum Bundeshaushalt).

2) Ab 1993 einschließlich der Anpassungshilfen in den neuen Ländern.

3) Ohne Berücksichtigung eventueller Auswirkungen der globalen Minderausgabe nach § 4 Abs. 13 des Haushaltsgesetzes 1994.

Steuermindereinnahmen bei Steuervergünstigungen im Bereich der Mineralöl- und Kraftfahrzeugsteuer

| Lfd. Nr. 14. SB | Bezeichnung | Steuermindereinnahmen in Mio. DM | | | | |
|--------------------|---|----------------------------------|-------------------|------|------|-------------------|
| | | 1990 | 1991 | 1992 | 1993 | 1994 |
| 102 | – Mineralölsteuerbefreiung für die Luftfahrt (§ 8 Abs. 3 Nr. 4 MinöStG; ab 1. 1. 93: § 4 Abs. 1 Nr. 3 MinöStG) | 140 | 190 | 250 | 250 | 250 |
| 101 | – Mineralölsteuerbefreiung für die gewerbliche Binnenschifffahrt (§§ 7 u. 9 Abs. 3 MinöStDV; ab 1. 1. 93: § 4 Abs. 1 Nr. 4 MinöStG) | 250 | 350 | 350 | 350 | 350 |
| 100 | – Nichterhebung der Kfz-Steuer für überzählige Kfz-Anhänger (§ 10 KraftStG) | 125 ¹⁾ | 280 ¹⁾ | 350 | 370 | 385 ²⁾ |
| 16 | – Befreiung der Zugmaschinen und anderer landwirtschaftlicher Fahrzeuge von der Kfz-Steuer (§ 3 Nr. 7 KraftStG) | 155 | 170 | 170 | 170 | 170 |

Für das Jahr 1995 liegen keine Angaben vor.

1) Volumen gemindert wegen vorübergehender Senkung der Kraftfahrzeugsteuer vom 1. Juli 1990 bis 21. Februar 1991 (Artikel 2 des Straßenbenutzungsgebührengesetzes vom 30. April 1993).

2) Das Volumen wird ab 1. April 1994 durch die erhebliche Senkung der Kraftfahrzeugsteuer für Kfz-Anhänger (Artikel 24 Nr. 8 StMBG) stark gemindert.

4. Welche Gründe sprechen für die Weiterführung der Finanzhilfen bzw. steuerlichen Subventionierung bei den in Frage 3 genannten Bereichen?

In Anlehnung an den 14. Subventionsbericht gelten für die Finanzhilfen folgende Zielsetzungen:

1. Gasölverbilligung in der Landwirtschaft
(Anlage 1 Nr. 5)

- Mit diesen Mitteln wird eine Angleichung der Mineralölsteuer für das in landwirtschaftlichen Betrieben verbrauchte Gasöl an das System der Steuerbefreiung bzw. -entlastung für die Landwirtschaft in den anderen Mitgliedstaaten der EG angestrebt, um Wettbewerbsverzerrungen zu vermeiden.
- Die Verbilligung des Gasöls führt zu einer Senkung der betrieblichen Kosten und damit zu einer entsprechenden Verbesserung der Ertragslage der Landwirtschaft.

2. Sozio-struktureller Einkommensausgleich
(Anlage 1 Nr. 6)

Die Maßnahmen dienen dem zentralen Anliegen der Agrarpolitik der Bundesregierung, geeignete Rahmenbedingungen für eine leistungsfähige Land- und Forstwirtschaft zu schaffen, die umweltverträglich wirtschaftet und im europäischen Binnenmarkt wettbewerbsfähig bleibt. Der sozio-strukturelle Einkommensausgleich wird im Rahmen der EG-Genehmigung bis 1995 gewährt.

3. Bundesanteil zur Finanzierung der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (Anlage 1 Nr. 23 bis 28)

Die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ dient dazu, eine leistungsfähige, auf künftige Anforderungen ausgerichtete Land- und Forstwirtschaft zu gewährleisten und ihre Wettbewerbsfähigkeit im Gemeinsamen Markt der Europäischen Gemeinschaften zu ermöglichen sowie den Küstenschutz zu verbessern. Dabei sind die Ziele und Erfordernisse der Raumordnung, Landesplanung sowie des Umweltschutzes und des Tierschutzes zu beachten.

Zur Durchführung der Gemeinschaftsaufgabe stellen Bund und Länder gemeinsam einen Rahmenplan für Maßnahmen zur Agrarstrukturverbesserung auf.

4. Kokskohlenbeihilfe (Anlage 1 Nr. 54)

Um den Unternehmen des deutschen Steinkohlenbergbaus den Absatz von Kokskohle und Koks an die Stahlindustrie der Gemeinschaft zu erleichtern, gibt es seit 1967 die Kokskohlenbeihilfe. Die aus Mitteln der öffentlichen Hand gewährten Förderbeihilfen verbessern die Wettbewerbsstellung der von den Unternehmen des deutschen Steinkohlenbergbaus geförderten Kokskohle und versetzen die Bergbauunternehmen in die Lage, langfristige Lieferverträge mit der Stahlindustrie abzuschließen. Damit werden auch zukünftig energiepolitisch

wichtige Förderkapazitäten sowie Arbeitsplätze in den Bergbaurevieren erhalten.

5. Förderung der Luftfahrtindustrie (Anlage 1 Nr. 78)

Die Förderung des zivilen Flugzeug- und Triebwerkbaus in der Bundesrepublik Deutschland sollte vor allem die Beteiligung der deutschen Luftfahrtindustrie an technologisch bedeutsamen und wirtschaftlich aussichtsreichen zivilen Vorhaben unterstützen und langfristig ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit im europäischen Verbund mit dem Ziel ihrer Unabhängigkeit von staatlicher Hilfe stärken.

Die Förderung der Bundesregierung für zahlreiche Projekte hat dazu beigetragen, daß die deutsche Industrie heute in mehreren Segmenten des zivilen Marktes Fuß gefaßt hat und zu einem anerkannten Partner für internationale Kooperation geworden ist. Die Maßnahme läuft aus.

In Anlehnung an den 14. Subventionsbericht gelten für die Steuervergünstigungen folgende Zielsetzungen:

1. Mineralölsteuerbefreiung für die Luftfahrt
(§ 4 Abs. 1 Nr. 3 MinöStG)
– Anlage 2 Nr. 102 –

Innerhalb der EU sind Flugkraftstoffe für die gewerbliche Luftfahrt nach Artikel 8 Abs. 1 Buchstabe b der Richtlinie 92/81/EWG von der Mineralölsteuer befreit. Eine einseitige Abschaffung der Steuerbefreiung durch die Bundesrepublik Deutschland ist dadurch z. Z. nicht möglich. Denkbar wäre allerdings eine generelle Abschaffung der Steuerbefreiung im Zuge der bis Ende 1997 vorgesehenen Überprüfung der Steuerbefreiungen des Artikels 8 der genannten EG-Richtlinie, die jedoch angesichts der derzeitigen Haltung der meisten Mitgliedstaaten kaum zu erwarten ist. Im günstigsten Fall könnte erreicht werden, daß die derzeitige obligatorische Steuerbefreiung in eine fakultative umgewandelt wird, was der Bundesrepublik Deutschland die Möglichkeit eröffnen würde, die Steuerbefreiung einseitig abzuschaffen. Dies wäre jedoch mit nicht vertretbaren Wettbewerbsnachteilen für die deutsche Luftfahrt in einem sowieso hart umkämpften Markt verbunden. Bedingt durch den freien Zugang im europäischen Binnenmarkt könnten Luftfahrtunternehmen anderer EU-Mitgliedstaaten – mit in ihren Heimatstaaten getanktem steuerfreien Kraftstoff – verstärkt auch innerdeutsche Flüge durchführen. Insoweit wäre eine Aufhebung der Steuerbefreiung nur in der Bundesrepublik Deutschland ökologisch unwirksam, weil die Flugbewegungen sich insgesamt nicht verringern würden.

Im übrigen stehen einer Aufhebung der Steuerbefreiung gegenüber ausländischen Luftfahrtunternehmen das Chicagoer Luftfahrtabkommen sowie bilaterale Luftverkehrsabkommen mit anderen Staaten entgegen, wonach Treibstoffe und Schmieröle, die sich bei Ankunft im Hoheitsgebiet eines anderen Vertragsstaates an Bord eines Luftfahrzeugs eines Vertragsstaates befinden oder die im

Hoheitsgebiet der einen Vertragspartei an Bord der Luftfahrzeuge der anderen Vertragspartei verwendet werden, von Zöllen und sonstigen Abgaben und etwaigen besonderen Verbrauchsabgaben befreit werden.

2. Mineralölsteuerbefreiung für die gewerbliche Binnenschifffahrt (§ 4 Abs. 1 Nr. 4 MinöStG)
– Anlage 2 Nr. 101 –

Artikel 8 Abs. 2 Buchstabe b der Richtlinie 92/81/EWG sieht eine fakultative Steuerbefreiung für die gewerbliche Binnenschifffahrt vor, die in allen EU-Mitgliedstaaten gewährt wird und deren Berechtigung bis Ende 1997 überprüft werden soll. Eine einseitige Aufhebung wäre für die deutsche Binnenschifffahrt mit einem existenzbedrohenden Wettbewerbsnachteil gegenüber ihrer härtesten Konkurrenz insbesondere in den Niederlanden, in Belgien und Frankreich verbunden, da diese drei Staaten auf keinen Fall ebenfalls die Steuerbefreiung abschaffen werden, die Binnenschiffe dieser Staaten andererseits aber in der Lage sind, mit in ihren Heimatländern gebunkerten steuerfreien Treibstoffen nicht nur das Rheinstromgebiet (mit Zutankungsmöglichkeiten z. B. in französischen Rheinhäfen), sondern auch große Teile des übrigen deutschen Binnenwasserstraßennetzes zu bedienen. Eine Einschränkung der Abgabefreiheit für mitgeführte Treibstoffe ist im Binnenmarkt nicht möglich.

Der Aufhebung überdies steht das sog. Straßburger Gasölabkommen vom 16. Mai 1952 entgegen, das der gewerblichen Binnenschifffahrt im Rheinstromgebiet die Mineralölsteuerfreiheit sichert. Es müßte

gekündigt werden. Eine Auseinandersetzung mit den anderen Rheinuferstaaten über die Abgabefreiheit nach Artikel 3 der revidierten Rheinschiffahrtsakte vom 17. Oktober 1868 würde folgen.

Auch die ökologische Wirksamkeit der Aufhebung der Steuerbefreiung ist fragwürdig, weil – zumindest teilweise – mit einer Transportverlagerung auf die Straße gerechnet werden muß. Zumindest die kleinen deutschen Schifffahrtsunternehmen werden finanziell kaum in der Lage sein, auf sogenannte Sparschiffe umzusteigen.

3. Nichterhebung der Kfz-Steuer für überzählige Kfz-Anhänger (§ 10 KraftStG)
– Anlage 2 Nr. 100 –

Freistellung zum Abbau von Wettbewerbsverzerrungen, insbesondere im internationalen Verkehr. Die Gründe für die Steuervergünstigung bestehen fort.

4. Befreiung der Zugmaschinen und anderer landwirtschaftlicher Fahrzeuge von der Kfz-Steuer (§ 3 Nr. 7 KraftStG)
– Anlage 2 Nr. 16 –

Förderung der Motorisierung und Rationalisierung der Land- und Forstwirtschaft unter Berücksichtigung der geringeren Benutzung der öffentlichen Straßen durch landwirtschaftliche Fahrzeuge. Außerdem lassen die derzeitige Lage der Landwirtschaft sowie die notwendige Anpassung an die Erfordernisse des gemeinsamen Marktes vorerst einen Abbau der Vergünstigung nicht zu.

Anlage 1

Folgende Steuervergünstigungen im Sinne des Subventionsberichtes (Anlage 2) wurden seit 1985 neu geschaffen bzw. erweitert und abgeschafft bzw. eingeschränkt:

| | Steuermindereinnahmen im jeweiligen Entstehungsjahr in Mio. DM |
|---|--|
| a) Neu geschaffene bzw. erweiterte Vorschriften | |
| 1. Gesetz zur Verbesserung der Abschreibungsbedingungen für Wirtschaftsgebäude und für moderne Heizungs- und Warmwasseranlagen vom 19. Dezember 1985 | |
| – Anhebung der Sonderabschreibungen für unbewegliche Wirtschaftsgüter von 40 auf 50 v. H. (§ 3 ZRFG) | 80 |
| – Anhebung der Investitionszulage für unbewegliche Wirtschaftsgüter (§ 19 BerlinFG) | 20 |
| – Wiedereinführung der Steuervergünstigung für Heizungs- und Warmwasseranlagen u. ä. (§ 82 a EStDV) | 50 |
| 2. Wohneigentumsförderungsgesetz vom 15. Mai 1986 | |
| – Einführung eines auf acht Jahre befristeten Sonderausgabenabzugs in Höhe von jährlich 5 v. H. der Herstellungskosten/Anschaffungskosten der zu eigenen Wohnzwecken genutzten Wohnung zuzüglich der Hälfte der Anschaffungskosten des Grund und Bodens, höchstens 5 v. H. von 300 000 DM (§ 10 e EStG) | 280 |

| | Steuermindereinnahmen im jeweiligen Entstehungsjahr in Mio. DM |
|---|--|
| – Ausdehnung der Kinderkomponente mit 600 DM auf Erstkinder (§ 34 f EStG) | 95 |
| – Einführung eines Sonderausgabenabzugs für Aufwendungen für Herstellungs- und Erhaltungsmaßnahmen im Sinne von § 82 a Abs. 3 und 4, §§ 82 g und 82 i EStDV, die nach dem 31. Dezember 1986 und vor dem 1. Januar 1991 an einer zu eigenen Wohnzwecken genutzten Wohnung entstehen (§ 52 Abs. 21 Satz 5 bis 7 EStG) | |
| 3. Steuerbereinigungsgesetz 1986 vom 19. Dezember 1985 | |
| – Verlängerung der Geltungsdauer bzw. Anhebung bestimmter Freibeträge nach § 14 a Abs. 1 bis 4 EStG | 95 |
| – Verlängerung der Begünstigung bestimmter Investitionen bei Land- und Forstwirten (§§ 76, 78 EStDV) | (125) |
| 4. Zweite VO zur Änderung der EStDV vom 24. Juli 1986 | |
| – Verlängerung der zeitlichen Begrenzung der Fördertatbestände in §§ 82 a, 82 g EStDV | (31) |
| 5. Steuersenkungs-Erweiterungsgesetz 1988 vom 14. Juli 1987 | |
| – Verbesserung der Sonderabschreibung für kleine und mittlere Betriebe (§ 7 g EStG) | 500 |
| 6. Zweites Vermögensbeteiligungsgesetz vom 19. Dezember 1986 | 70 |
| 7. Steuerreformgesetz 1990 vom 25. Juli 1988 | |
| – Verlängerung des Freibetrages für Schuldentilgung nach § 14 a Abs. 5 EStG | (20) |
| – Anhebung des sog. Baukindergeldes von 600 DM auf 750 DM je Kind (§ 34 f EStG) | 160 |
| – Erweiterung der Mineralölsteuerbefreiung für Luftfahrtbetriebsstoffe (§ 8 MinöStG) | 25 |
| 8. Gesetz zur Änderung des Steuerreformgesetzes 1990 sowie zur Förderung des Mietwohnungsbaus und von Arbeitsplätzen in Privathaushalten vom 30. Juni 1989 | |
| – Anhebung der Abschreibungssätze des § 14 a Abs. 1 BerlinFG und Begünstigung von Wohneigentum auf einem bereits bebauten Grundstück (§ 14 a Abs. 8 – neu – BerlinFG) | 35 |
| 9. Gesetz zu dem Vertrag vom 18. Mai 1990 über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik vom 25. Juni 1990 | |
| – Befristeter USt-Kürzungsanspruch bei Erwerb von Gegenständen aus der Deutschen Demokratischen Republik einschließlich Berlin (Ost) (§ 26 Abs. 4 UStG) | 700 |
| 10. DDR-Investitionsgesetz vom 26. Juni 1990 | |
| – Befristete Möglichkeit der Bildung bestimmter steuerfreier Rücklagen (§§ 1 und 2 DDR-IG) | 335 |
| 11. Vereinsförderungsgesetz vom 18. Dezember 1989 | |
| – Anhebung bestimmter Freibeträge bei der Körperschaft- und Gewerbesteuer (§ 24 KStG; § 11 GewStG) | 15 |

| | Steuermindereinnahmen im jeweiligen Entstehungsjahr in Mio. DM |
|---|--|
| 12. Wohnungsbauförderungsgesetz vom 22. Dezember 1989 | |
| – Aufhebung der 50-v. H.-Grenze bei Zuschlägen für Nachtarbeit (§ 3 b Abs. 3 EStG) | 30 |
| – Verlängerung der Wiederanlagefrist in § 6 b EStG | 90 |
| – Erhöhte steuerliche Absetzungen bei Schaffung neuer Mietwohnungen in bestehenden Gebäuden (§ 7 c EStG) | 150 |
| – Erhöhte Absetzungen für Wohnungen mit Sozialbindung (§ 7 k EStG) | 75 |
| – Einführung eines Sonderausgabenabzugs von Aufwendungen für Herstellungsmaßnahmen an einer zu eigenen Wohnzwecken genutzten eigenen Wohnung nach dem 31. Dezember 1990 in einem Sanierungsgebiet oder städtebaulichen Entwicklungsbereich bzw. an einem Baudenkmal; für den Bereich des selbstgenutzten Wohneigentums Nachfolgeregelungen zu § 52 Abs. 21 Satz 6 EStG in Verbindung mit §§ 82 g, 82 i EStDV (§ 10 f Abs. 1 EStG) | |
| – Einführung eines Sonderausgabenabzugs von Aufwendungen für Erhaltungsmaßnahmen an einer zu eigenen Wohnzwecken genutzten eigenen Wohnung in einem Sanierungsgebiet bzw. städtebaulichen Entwicklungsbereich oder an einem Baudenkmal nach dem 31. Dezember 1990 (§ 10 f Abs. 2 EStG) | |
| – Erhöhte Absetzungen für Wohnungen in Berlin (§ 14 a Abs. 8, §§ 14 c, 14 d BerlinFG) | 30 |
| 13. Gesetz zur Verbesserung der steuerlichen Förderung schadstoffarmer Personenkraftwagen vom 22. Dezember 1989 | 139 |
| 14. Gesetz zur steuerlichen Förderung besonders schadstoffarmer Pkw mit Dieselmotor vom 19. Dezember 1990 | |
| 15. Steueränderungsgesetz 1991 vom 24. Juni 1991 | |
| – Verlängerung der Gewährung von erhöhten Absetzungen für neue Wohnungen mit Sozialbindung (§ 7 k EStG) | (25) |
| – Erhöhung des Höchstbetrages der Bemessungsgrundlage für die Grundförderung nach § 10 e EStG von 300 000 DM auf 330 000 DM (§ 10 e Abs. 1 EStG) | 100 |
| – Möglichkeit der Inanspruchnahme von § 10 e EStG für ein weiteres Objekt im Beitrittsgebiet auch nach Objektverbrauch | 65 |
| – Tariffreibetrag für Steuerpflichtige im Beitrittsgebiet (§ 32 Abs. 8 EStG) | 800 |
| – Anhebung des Baukindergeldes von 750 DM auf 1 000 DM für jedes Kind (§ 34 f EStG) | 75 |
| – Staffelung der Meßzahl nach dem Gewerbeertrag im Beitrittsgebiet (§ 11 Abs. 2 GewStG) | 100 |
| – Nichterhebung der Gewerkekapi­talsteuer im Beitrittsgebiet in 1991 und 1992 (§ 37 Nr. 1 bis 3 GewStG i. V. m. § 136 Nr. 3 BewG) | 150 |
| – Einführung eines Fördergebietsgesetzes | 1 850 |
| – Verbesserung der Investitionszulage im Beitrittsgebiet | 2 200 |
| – Nichterhebung der Vermögensteuer im Beitrittsgebiet für die VZ 1991 und 1992 (§ 136 Nr. 3 und 4 BewG, § 24 c VStG) | 200 |
| – Änderung der Kfz-Besteuerung für schadstoffarme Pkw (§ 3 f Abs. 6, § 3 g Abs. 1 Nr. 1, § 3 g Abs. 1, 2 und 8 KraftStG) | 163 |

| | Steuermindereinnahmen im jeweiligen Entstehungsjahr in Mio. DM |
|---|--|
| 16. Steueränderungsgesetz 1992 vom 25. Februar 1992 | |
| – Erhöhung des Vomhundertsatzes für die Bemessung des Abzugsbetrags nach § 10 e EStG in den ersten vier Jahren des Abzugszeitraums von 5 v. H. auf 6 v. H. (§ 10 e EStG) | 147 |
| – Schuldzinsenabzug in Höhe von bis zu 12 000 DM jährlich für drei Jahre; Nachholungsmöglichkeit im ersten Jahr nicht ausgeschöpfter Beträge im dritten auf das Jahr der Anschaffung oder Herstellung folgenden Jahr (§ 10 e Abs. 6 a EStG) | 300 |
| – Einführung einer Steuerbegünstigung für die Herstellung einer an Angehörige voll unentgeltlich zu Wohnzwecken überlassenen Wohnung im eigenen Haus (§ 10 h EStG) | 12 |
| – Verlängerung der Geltungsdauer des Freibetrags von 90 000 DM über den 31. Dezember 1991 hinaus bei Veräußerung oder Aufgabe eines landwirtschaftlichen Betriebs (§ 14 a Abs. 1 bis 3 EStG) | (30) |
| – Verlängerung der Geltungsdauer des Freibetrags von 120 000 DM über den 31. Dezember 1991 hinaus bei Veräußerung/Entnahme von landwirtschaftlichen Grundstücken zur Abfindung weichender Erben (§ 14 a Abs. 4 EStG) | |
| – Verlängerung der Geltungsdauer des Freibetrags von 90 000 DM über den 31. Dezember 1992 hinaus bei Veräußerung/Entnahme von landwirtschaftlichen Grundstücken zur Tilgung von Altschulden (§ 14 a Abs. 5 EStG) | (30) |
| – Zweijähriger Rücktrag des nicht ausgenutzten Baukindergeldes sowie Vortrag während des Abzugszeitraums nach § 10 e EStG und auf zwei Folgejahre (§ 34 f Abs. 3 EStG) | 20 |
| – Steuerbegünstigung von Aufwendungen für Herstellungs- und Erhaltungsmaßnahmen an schutzwürdigen Kulturgütern, die weder zur Einkunftserzielung und zu eigenen Wohnzwecken genutzt werden (§ 10 g EStG) | |
| – Verlängerung der im geltenden Recht geregelten Aussetzung der Gewerbesteuer und der Vermögensteuer im Beitrittsgebiet um zwei Jahre bis zum 31. Dezember 1994 (§ 37 Satz 1 GewStG; § 24 c VStG) | (.) |
| 17. Verbrauchsteuer-Binnemarktgesetz vom 21. Dezember 1992 | |
| – Aufstockung und Verlängerung der Investitionszulage im Beitrittsgebiet bis 1996 | |
| – Verlängerung der erhöhten Absetzungen bei Schaffung neuer Mietwohnungen in bestehenden Gebäuden von 1993 bis 1995 (§ 7 c EStG) | (65) |
| 18. Standortsicherungsgesetz vom 13. September 1993 | |
| – Einführung einer Ansparabschreibung für kleine und mittlere Betriebe für neue Ausrüstungsinvestitionen (§ 7 g Abs. 3 bis 6 EStG) | 900 |
| – Steuerermäßigung bei ausländischen Einkünften aus dem Betrieb von Handelsschiffen im internationalen Verkehr (§ 34 c Abs. 4 EStG) | 5 |
| – Verlängerung der Sonderabschreibung für Schiffe und Luftfahrzeuge (§ 82 f Abs. 5 EStDV) | (.) |
| – Verlängerung der im geltenden Recht geregelten Aussetzung der Gewerbesteuer und der Vermögensteuer im Beitrittsgebiet um ein Jahr bis zum 31. Dezember 1995 (§ 37 Satz 1 GewStG; § 24 c VStG) | (.) |
| – Verlängerung bestimmter Vorschriften des Fördergebietsgesetzes bis zum Ende des VZ 1996 (§§ 1 bis 5, 7, 8 Abs. 1 Satz 1 und 6 FördG) | (.) |

| | Steuermindereinnahmen im jeweiligen Entstehungsjahr in Mio. DM |
|--|--|
| – Begünstigung von Erwerbergemeinschaften (§ 3 Satz 2 Nr. 3 FördG) | 60 |
| b) Abgeschaffte bzw. eingeschränkte Vorschriften | |
| 1. Wohneigentumsförderungsgesetz vom 15. Mai 1986 | |
| – Gleichstellung der Besteuerung von selbstgenutzten Wohnungen in Zwei- und Mehrfamilienhäusern mit selbstgenutzten Einfamilienhäusern und Eigentumswohnungen (§ 7 b EStG) | 340 |
| – Wegfall der Förderung nach § 7 b EStG für vermietete Wohnungen | 55 |
| 2. Steuerreformgesetz 1990 vom 25. Juli 1988 | |
| – Einschränkung der Steuerfreiheit von Lohnzuschlägen für Sonntags-, Feiertags- und Nachtarbeit (§ 3 b EStG) | 255 |
| – Einschränkung der Übertragungsmöglichkeit von stillen Reserven (§§ 6 b, 6 c EStG) | 200 |
| – Beschränkung des Sonderausgabenabzugs von Bausparbeiträgen auf 50 v. H. der Beitragsleistung (§ 10 Abs. 1 Nr. 3 EStG) | 250 |
| – Abschaffung der Preissteigerungsrücklage bei Einführung der Lifo- Bewertungsmethode (§ 51 Abs. 1 Nr. 2 Buchstabe b EStG; § 74 EStDV) | – |
| – Absenkung des Bewertungsabschlags von bis zu 20 v. H. bei bestimmten Importwaren mit wesentlichen Preisschwankungen in zwei Stufen auf 10 v. H. (§ 51 Abs. 1 Nr. 2 Buchstabe m EStG; § 80 EStDV) | 300 |
| – Aufhebung der Sonderabschreibungen von 50 bzw. 30 v. H. über fünf Jahre für bestimmte Investitionen im Kohle- und Erzbergbau (§ 51 Abs. 1 Nr. 2 Buchstabe n EStG; § 81 EStDV) | 20 |
| – Auslaufen der Geltungsdauer für die erhöhten Absetzungen für bestimmte Energiesparmaßnahmen an Gebäuden zum 31. Dezember 1991 (§ 51 Abs. 1 Nr. 2 Buchstabe q EStG; § 82 a EStDV) | 400 |
| – Auslaufen der Geltungsdauer der erhöhten Absetzungen für bestimmte Modernisierungs- und Instandsetzungsaufwendungen zum 31. Dezem- ber 1990 (§ 51 Abs. 1 Nr. 2 Buchstabe x EStG; § 82 g EStDV) | 5 |
| – Einschränkung der Steuerfreiheit der gemeinnützigen Wohnungs- und Siedlungsunternehmen auf Genossenschaften mit begrenztem Tätig- keitsbereich; Aufhebung der Steuerfreiheit der Unternehmen, die als Organe der staatlichen Wohnungspolitik anerkannt sind (§ 5 KStG; § 3 GewStG; § 3 VStG) | 100 |
| – Aufhebung der Steuerfreiheit bestimmter Zusammenschlüsse von Unternehmen zur Durchführung von Sanierungs- und Entwicklungsauf- gaben (§ 5 KStG; § 3 GewStG; § 3 VStG) | 1 |
| – Aufhebung des Investitionszulagengesetzes | 1 600 |
| – Absenkung des Sockelkürzungssatzes bei der Herstellerpräferenz (§§ 1, 1 a BerlinFG) | 120 |
| – Wegfall der Abnehmerpräferenz für Röstkaffee und Kakaohalberzeug- nisse, wenn Hersteller unter der Mindestwertschöpfungsquote von 10 v. H. liegen (§ 4 i. V. m. § 2 BerlinFG) | 40 |
| – Umschichtung der Herstellerpräferenzeinbuße (Zigaretten und Rauch- tabak) (§ 4 Abs. 3 BerlinFG) | – |
| – Beschränkung der erhöhten Absetzung von 75 v. H. für bewegliche Wirt- schaftsgüter des Anlagevermögens in Berlin auf neue Wirtschaftsgüter (§ 14 BerlinFG) | 150 |

| | Steuermindereinnahmen im jeweiligen Entstehungsjahr in Mio. DM |
|--|--|
| – Einschränkung der Investitionszulagen nach § 19 BerlinFG | 395 |
| – Aufhebung des Auslandsinvestitionsgesetzes bei gleichzeitiger Übernahme von § 2 AIG in § 2 a EStG | 150 |
| – Aufhebung des Abzugs der Geschäftsguthaben der Genossen vom Betriebsvermögen der Genossenschaften der gewerblichen Wirtschaft und der kleinen Warengenossenschaften (§ 104 a BewG) | 5 |
| – Aufhebung der Vermögensteuerfreiheit für das der öffentlichen Wasserversorgung dienende Betriebsvermögen (§ 117 Abs. 1 Nr. 1 BewG) | 10 |
| – Beschränkung der Förderung der Vermögensbildung auf Produktivkapitalbeteiligungen und Bausparen bei veränderten Zulagesätzen. Anhebung der Einkommensgrenzen auf 27 000 DM/54 000 DM (Led./Verh.); Streichung der Kinderkomponenten (5. VermBG) | 600 |
| – Streichung der Einkommen- oder Körperschaftsteuerermäßigung von höchstens 3 000 DM für vermögenswirksame Leistungen, die von Kleinbetrieben erbracht werden (§ 15 5. VermBG) | 250 |
| – Aufhebung der zehnjährigen Grundsteuervergünstigung für Wohnraum, der nach dem 31. Dezember 1989 bezugsfertig wird (§§ 82, 92 a bis 94 des Zweiten Wohnungsbaugesetzes) | 500 |
| – Auslaufen der Geltungsdauer der erhöhten Absetzungen für dem Umweltschutz dienende Wirtschaftsgüter zum 31. Dezember 1990 (§ 7 d EStG) | 700 |
| – Auslaufen der Geltungsdauer für die Sonderabschreibungen für Wirtschaftsgüter, die der Forschung und Entwicklung dienen, zum 31. Dezember 1989 (§ 51 Abs. 1 Nr. 2 Buchstabe u, § 82 d EStDV) | 225 |
| – Auslaufen der Geltungsdauer der Steuerbefreiung bzw. Steuerermäßigung für Wasserkraftwerke zum 31. Dezember 1990 (VO über die steuerliche Begünstigung von Wasserkraftwerken vom 26. Oktober 1944 i. V. m. Artikel 14 StÄndG 1977 vom 16. August 1977) | 5 |
| 3. Verbrauchsteueränderungsgesetz 1988 vom 20. Dezember 1988 | |
| – Verzicht auf die Befreiung weiterer Luftfahrtbereiche, wie der Sport- und Privatfliegerei, von der Mineralölsteuer (§ 8 MinöStG) | 15 |
| 4. Steueränderungsgesetz 1991 vom 24. Juni 1991 | |
| – Wegfall bzw. Abbau von Maßnahmen im Rahmen des BerlinFG | 9 780 |
| – Änderungen beim Zonenrandförderungsgesetz (§ 3 ZRFG) | 85 |
| 5. Steueränderungsgesetz 1992 vom 25. Februar 1992 | |
| – Streichung der Steuerfreiheit von Zinsen aus bestimmten festverzinslichen Wertpapieren (§ 3 a EStG) | 120 |
| – Keine Abzugsbeträge nach § 10 e Abs. 1 und 2 EStG für Veranlagungszeiträume, in denen die Einkunftsgrenzen von 120 000/240 000 DM überschritten sind (§ 10 e Abs. 5 a EStG) | 460 |
| – Kein Baukindergeld für Veranlagungszeiträume, in denen die Einkunftsgrenzen von 120 000/240 000 DM überschritten sind (§ 34 f EStG) | |
| – Beschränkung der Summe des Baukindergeldes auf die Bemessungsgrundlage nach § 10 e EStG (§ 34 f Abs. 3 EStG) | |
| – Nichtverlängerung der Begünstigung bestimmter Investitionen bei Land- und Forstwirten (§§ 76, 78 EStDV) | 100 |

| | | Steuermindereinnahmen im jeweiligen Entstehungsjahr in Mio. DM |
|--|--|--|
| – Aufhebung der Steuerermäßigung bei Reedereien mit Handelsschiffen im internationalen Verkehr (§ 11 Abs. 3 Nr. 2, § 13 Abs. 3 GewStG) | | 30 |
| 6. Verbrauchsteuer-Binnenmarktgesetz vom 21. Dezember 1992 | | |
| – Einschränkung der Investitionszulage in Berlin (West) durch die Entscheidung der EG-Kommission | | . |
| – Einschränkung erhöhter Absetzungen auf Werkwohnungen (§ 7 k EStG) | | 40 |
| 7. Gesetz zur Umsetzung des Föderalen Konsolidierungsprogramms – FKPG – vom 23. Juni 1993 | | |
| – Herabsetzung des Höchstbetrags der Bemessungsgrundlage für die Grundförderung nach § 10 e Abs. 1 und 2 EStG auf 150 000 DM bei Erwerb von Altbauten (§ 10 e Abs. 1 EStG) | | 400 |
| – Abschaffung des ermäßigten Umsatzsteuersatzes für jugendgefährdende Filme und Schriften (§ 12 Abs. 2 Nr. 7 Buchstabe b UStG) | | 50 |
| 8. Standortsicherungsgesetz vom 13. September 1993 | | |
| – Wegfall der Sonderabschreibungen für Altbauwohnungen im Betriebsvermögen (§ 3 Satz 2 Nr. 2 Buchstabe b FördG) | | 150 |
| 9. Mißbrauchsbekämpfungs- und Steuerbereinigungsgesetz vom 21. Dezember 1993 | | |
| – Senkung der Grenze für die steuerfreie Überlassung von Vermögensbeteiligungen an Arbeitnehmer von 500 DM auf 300 DM (§ 19 a Abs. 1 EStG) | | 150 |
| – Eindämmung des Mißbrauchs der Übergangsregelung bei der Steuerfreiheit von Zuschlägen für Sonntags-, Feiertags- und Nachtarbeit (§ 52 Abs. 3 EStG) | | 2 |
| – Vereinheitlichung des Satzes der Arbeitnehmer-Sparzulage für Anlagen im Produktivkapital mit dem Satz für Bausparanlagen von 10 v. H. (§ 13 Abs. 2 5. VermBG) | | 100 |
| – Verschiebung der Auszahlung der Arbeitnehmer-Sparzulage auf den Ablauf der Sperrfrist (§ 14 Abs. 4 5. VermBG) | | 0 |

Anlage 2

Maßnahmen aufgrund der Steueränderungsgesetze der Jahre 1992 und 1993 im Sinne des Subventionsberichtes (Anlage 2)

| Maßnahmen | Steuerermehreinnahmen(+)/Steuermindereinnahmen(-) in Mio. DM | | | | | | |
|-----------|--|---------------|------|------|------|------|------|
| | Entstehungs- jahr | Rechnungsjahr | | | | | |
| | | 1992 | 1993 | 1994 | 1995 | 1996 | 1997 |

1. Steueränderungsgesetz 1992
vom 25. Februar 1992

- Streichung der Steuerfreiheit von Zinsen aus bestimmten festverzinslichen Wertpapieren (§ 3 a EStG)

120 100 100 120 120 . .

| Maßnahmen | Steuer Mehreinnahmen(+)/Steuer mindereinnahmen(-) in Mio. DM | | | | | | |
|---|--|---------------|-------|-------|-------|------|------|
| | Entstehungs- jahr | Rechnungsjahr | | | | | |
| | | 1992 | 1993 | 1994 | 1995 | 1996 | 1997 |
| – Wegfall der Steuervergünstigung für selbstgenutztes Wohneigentum ab einem Gesamtbetrag der Einkünfte von 120 000/240 000 DM (§§ 10 e, 34 f EStG) | 460 | 120 | 230 | 350 | 460 | . | . |
| – Erhöhung des Vomhundertsatzes für die Bemessung des Abzugsbetrags nach § 10 e EStG in den ersten vier Jahren des Abzugszeitraums von 5 v. H. auf 6 v. H. (§ 10 e EStG) | – 147 | – 147 | – 294 | – 440 | – 587 | . | . |
| – Schuldzinsenabzug in Höhe von bis zu 12 000 DM jährlich für drei Jahre (§ 10 e Abs. 6 a EStG) | – 300 | – 300 | – 600 | – 900 | – 600 | . | . |
| – Einführung einer Steuerbegünstigung für die Herstellung einer an Angehörige voll unentgeltlich zu Wohnzwecken überlassenen Wohnung im eigenen Haus (§ 10 h EStG) | – 12 | – 12 | – 24 | – 36 | – 48 | . | . |
| – Verlängerung der Geltungsdauer bestimmter Freibeträge in der Land- und Forstwirtschaft (§ 14 a Abs. 1 bis 5 EStG) | (– 60) | – 30 | – 60 | – 60 | – 60 | . | . |
| – Zweijähriger Rücktrag des nicht ausgenutzten Baukindergeldes sowie Vortrag während des Abzugszeitraums nach § 10 e EStG und auf zwei Folgejahre (§ 34 f Abs. 3 EStG) | – 20 | – 20 | – 40 | – 40 | – 40 | . | . |
| – Nichtverlängerung der Begünstigung bestimmter Investitionen bei Land- und Forstwirten (§§ 76, 78 EStDV) | 100 | – | 100 | 100 | 100 | . | . |
| – Aufhebung der Steuerermäßigung bei Reedereien mit Handelsschiffen im internationalen Verkehr (§ 11 Abs. 3 Nr. 2, § 13 Abs. 3 GewStG) | 30 | – | 25 | 25 | 35 | . | . |
| – Verlängerung der im geltenden Recht geregelten Aussetzung der Gewerbesteuer und der Vermögensteuer im Beitrittsgebiet um zwei Jahre bis zum 31. Dezember 1994 (§ 37 Satz 1 GewStG; § 24 c VStG) | (.) | – | – 535 | – 695 | – | – | – |

2. Verbrauchsteuer-Binnenmarktgesetz vom 21. Dezember 1992

| | | | | | | | |
|--|--------|---|------|---------|---------|---------|---|
| – Aufstockung und Verlängerung der Investitionszulage im Beitrittsgebiet bis 1996 | . | – | – | – 3 595 | – 5 670 | – 6 570 | . |
| – Einschränkung der Investitionszulage in Berlin (West) durch die Entscheidung der EG-Kommission | . | – | 80 | 320 | 100 | – | – |
| – Verlängerung der erhöhten Absetzung bei Schaffung neuer Mietwohnungen in bestehenden Gebäuden von 1993 bis 1995 (§ 7 c EStG) | (– 65) | – | – 50 | – 110 | – 175 | – 190 | . |
| – Einschränkung erhöhter Absetzungen auf Werkwohnungen (§ 7 k EStG) | 40 | – | 30 | 70 | 110 | 115 | . |

3. Gesetz zur Umsetzung des Föderalen Konsolidierungsprogramms – FKPG – vom 23. Juni 1993

| Maßnahmen | Steuermehreinnahmen(+)/Steuermindereinnahmen(-) in Mio. DM | | | | | |
|--|--|---------------|------|------|---------|---------|
| | Entstehungs- jahr | Rechnungsjahr | | | | |
| | | 1992 | 1993 | 1994 | 1995 | 1996 |
| — Herabsetzung des Höchstbetrags der Bemessungsgrundlage für die Grundförderung nach § 10 e Abs. 1 und 2 EStG auf 150 000 DM bei Erwerb von Altbauten (§ 10 e Abs. 1 EStG) | 400 | — | — | 160 | 350 | 550 |
| — Abschaffung des ermäßigten Umsatzsteuersatzes für jugendgefährdende Filme und Schriften (§ 12 Abs. 2 Nr. 7 Buchstabe b UStG) | 50 | — | — | 40 | 50 | 50 |
| 4. Standortsicherungsgesetz vom 13. September 1993 | | | | | | |
| — Einführung einer Ansparabschreibung für kleine und mittlere Betriebe für neue Ausstattungsinvestitionen (§ 7 g Abs. 3 bis 6 EStG) | — 900 | — | — | — | — 720 | — 810 |
| — Steuerermäßigung bei ausländischen Einkünften aus dem Betrieb von Handelsschiffen im internationalen Verkehr (§ 34 c Abs. 4 EStG) | — 5 | — | — | . | . | — 10 |
| — Verlängerung der Sonderabschreibung für Schiffe und Luftfahrzeuge (§ 82 f Abs. 5 EStDV) | (.) | — | — | — | — 30 | — 30 |
| — Verlängerung der im geltenden Recht geregelten Aussetzung der Gewerbesteuer und der Vermögensteuer im Beitrittsgebiet um ein Jahr bis zum 31. Dezember 1995 (§ 37 Satz 1 GewStG, § 24 c VStG) | (.) | — | — | — | — 850 | — |
| — Verlängerung der im geltenden Recht geregelten Sonderabschreibungen für Wirtschaftsgüter des Betriebsvermögens im Fördergebiet bis zum Ende des Veranlagungszeitraumes 1996 (§§ 1 bis 5 FördG) | (.) | — | — | — | — 3 200 | — 4 400 |
| — Wegfall der Sonderabschreibungen nach dem Fördergebietsgesetz für Altbauwohnungen im Betriebsvermögen (§ 3 Satz 2 Nr. 2 Buchstabe b FördG) | 150 | . | . | 120 | 160 | 220 |
| — Begünstigung von Erwerbergemeinschaften (§ 3 Satz 2 Nr. 3 FördG) | — 60 | . | — 50 | — 70 | — 90 | — 105 |
| — Verlängerung des Abzugs wie Sonderausgaben von Aufwendungen für Herstellungs- und Erhaltungsarbeiten an zu eigenen Wohnzwecken genutzter eigener Wohnung im Fördergebiet bis zum 31. Dezember 1996 (§ 7 FördG) | (.) | — | — | — | — 40 | — 90 |
| — Einbeziehung der Wirtschaftsgüter des Privatvermögens (Wohngebäude) in die Verlängerung der Sonderabschreibung (§ 8 Abs. 1 Satz 1 FördG) | (.) | — | — | — | — 350 | — 440 |
| — Einbeziehung des Gebietes von Berlin (West) in die Verlängerung der Sonderabschreibung für Wirtschaftsgüter des Privatvermögens (Wohngebäude) (§ 8 Abs. 1 Satz 6 FördG) | (.) | — | — | — | — 55 | — 65 |

| Maßnahmen | Steermehreinnahmen(+)/Steuermindereinnahmen(–) in Mio. DM | | | | | | |
|---|---|---------------|------|------|------|------|------|
| | Ent- stehungs- jahr | Rechnungsjahr | | | | | |
| | | 1992 | 1993 | 1994 | 1995 | 1996 | 1997 |
| 5. Mißbrauchsbekämpfungs- und Steuer- bereinigungsgesetz vom 21. Dezember 1993 | | | | | | | |
| – Senkung der Grenze für die steuerfreie Über- lassung von Vermögensbeteiligungen an Arbeitnehmer von 500 DM auf 300 DM (§ 19 a Abs. 1 EStG) | 150 | – | – | 140 | 150 | 150 | 150 |
| – Eindämmung des Mißbrauchs der Über- gangsregelung bei der Steuerfreiheit von Zu- schlägen für Sonntags-, Feiertags- und Nachtarbeit (§ 52 Abs. 3 EStG) | 2 | – | – | 2 | 2 | – | – |
| – Vereinheitlichung des Satzes der Arbeit- nehmer-Sparzulage für Anlagen im Produk- tivkapital mit dem Satz für Bausparanlagen von 10 v. H. (§ 13 Abs. 2 5. VermBG) | 100 | – | – | – | 15 | 30 | 45 |
| – Verschiebung der Auszahlung der Arbeit- nehmer-Sparzulage auf den Ablauf der Sperr- frist (§ 14 Abs. 4 5. VermBG) | 0 | – | – | – | 800 | 650 | 500 |

Steuervergünstigungen im Sinne der Anlage 2 der Subventionsberichte im Zeitraum 1984 bis 1994

| | Jahr | | | | | | | | | | |
|---|--------------------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|-------|-------|-------|
| | 1984 | 1985 | 1986 | 1987 | 1988 | 1989 | 1990 | 1991 | 1992 | 1993 | 1994 |
| | Beträge in Mio. DM | | | | | | | | | | |
| I. Ernährung, Landwirtschaft und Forsten | | | | | | | | | | | |
| – Landwirtschaft allgemein | | | | | | | | | | | |
| Einkommen- und Körperschaftsteuer | 676 | 681 | 691 | 690 | 630 | 815 | 790 | 1 095 | 1 070 | 990 | 940 |
| Vermögensteuer | 8 | 7 | 7 | 7 | 7 | 7 | 32 | 32 | 32 | 32 | 32 |
| Gewerbsteuer | 9 | 9 | 9 | 9 | 9 | 9 | 74 | 77 | 77 | 77 | 77 |
| Versicherungsteuer | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 2 | 2 | 2 | 2 |
| Kraftfahrzeugsteuer | 160 | 160 | 160 | 160 | 160 | 155 | 155 | 170 | 170 | 170 | 170 |
| Verbrauchssteuern | 18 | 19 | 19 | 19 | 20 | 18 | 19 | 18 | 18 | 15 | 15 |
| Zusammen | 872 | 877 | 887 | 886 | 827 | 1 005 | 1 071 | 1 394 | 1 369 | 1 286 | 1 236 |
| – EU-bedingte Maßnahmen | | | | | | | | | | | |
| Umsatzsteuer | | 2 600 | 2 700 | 2 400 | 2 500 | 1 590 | 1 570 | 1 500 | | – | – |
| Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Zusammen | 872 | 3 477 | 3 587 | 3 286 | 3 327 | 2 595 | 2 641 | 2 894 | 1 369 | 1 286 | 1 236 |
| II. Gewerbliche Wirtschaft | | | | | | | | | | | |
| – Bergbau | | | | | | | | | | | |
| Einkommen- und Körperschaftsteuer | 267 | 258 | 249 | 228 | 215 | 195 | 175 | 175 | 162 | 160 | 150 |
| Mineralölsteuer | 6 | 4 | 5 | 18 | 17 | 5 | 6 | 6 | 6 | – | – |
| Zusammen | 273 | 262 | 254 | 246 | 232 | 200 | 181 | 181 | 168 | 160 | 150 |
| – Regionale Strukturmaßnahmen für Berlin (West) und das ehemalige Zonenrandgebiet | | | | | | | | | | | |
| Einkommen- und Körperschaftsteuer | 7 030 | 7 339 | 7 930 | 8 520 | 9 653 | 8 850 | 9 857 | 10 500 | 6 624 | 5 260 | 3 735 |
| Umsatzsteuer | 2 550 | 3 045 | 3 150 | 2 840 | 2 920 | 3 280 | 3 300 | 3 005 | 1 650 | 750 | 100 |
| Zusammen | 9 580 | 10 384 | 11 080 | 11 360 | 12 573 | 12 130 | 13 157 | 13 505 | 8 274 | 6 010 | 3 835 |

| | Jahr | | | | | | | | | | |
|---|--------------------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|
| | 1984 | 1985 | 1986 | 1987 | 1988 | 1989 | 1990 | 1991 | 1992 | 1993 | 1994 |
| | Beträge in Mio. DM | | | | | | | | | | |
| – Strukturmaßnahmen für das Beitrittsgebiet | | | | | | | | | | | |
| Einkommen- und Körperschaftsteuer | – | – | – | – | – | – | 264 | 3 976 | 7 955 | 9 636 | 9 304 |
| Vermögensteuer | – | – | – | – | – | – | – | 200 | 300 | 350 | 440 |
| Gewerbsteuer | – | – | – | – | – | – | – | 250 | 310 | 185 | 255 |
| Umsatzsteuer | – | – | – | – | – | – | 350 | 100 | – | – | – |
| Kraftfahrzeugsteuer | – | – | – | – | – | – | – | 3 | 6 | – | – |
| Grundsteuer | – | – | – | – | – | – | – | – | – | – | – |
| Zusammen | – | – | – | – | – | – | 614 | 4 529 | 8 571 | 10 171 | 9 999 |
| – Gewerbliche Wirtschaft allgemein | | | | | | | | | | | |
| Einkommen- und Körperschaftsteuer | 4 762 | 4 499 | 3 844 | 4 299 | 5 177 | 4 280 | 4 207 | 3 708 | 2 850 | 2 682 | 2 667 |
| Vermögensteuer | 1 | 1 | 1 | 16 | 16 | 16 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 |
| Gewerbsteuer | 2 | 2 | 2 | 2 | 2 | 2 | 2 | 2 | 2 | 2 | 2 |
| Gesellschaftsteuer | – | – | – | – | – | – | – | – | – | – | – |
| Verbrauchssteuern | 158 | 145 | 138 | 118 | 110 | 225 | 262 | 401 | 398 | 401 | 401 |
| Zusammen | 4 923 | 4 647 | 3 985 | 4 435 | 5 305 | 4 523 | 4 472 | 4 112 | 3 251 | 3 086 | 3 071 |
| Gewerbliche Wirtschaft zusammen | 14 776 | 15 293 | 15 319 | 16 041 | 18 110 | 16 853 | 18 424 | 22 327 | 20 264 | 19 427 | 17 055 |
| III. Verkehr | | | | | | | | | | | |
| Einkommen- und Körperschaftsteuer | 185 | 110 | 110 | 110 | 110 | 40 | 40 | 65 | 65 | 65 | 60 |
| Vermögensteuer | – | – | – | – | – | – | – | – | – | – | – |
| Gewerbsteuer | 45 | 50 | 50 | 50 | 50 | 47 | 37 | 35 | 35 | 5 | 5 |
| Umsatzsteuer | 580 | 430 | 430 | 500 | 515 | 640 | 655 | 720 | 740 | 870 | 890 |
| Kraftfahrzeugsteuer | 210 | 210 | 210 | 282 | 282 | 369 | 269 | 476 | 558 | 584 | 605 |
| Mineralölsteuer | 393 | 382 | 391 | 351 | 350 | 360 | 390 | 540 | 600 | 600 | 600 |
| Verkehr zusammen | 1 413 | 1 182 | 1 191 | 1 293 | 1 307 | 1 456 | 1 391 | 1 836 | 1 998 | 2 124 | 2 160 |

| | Jahr | | | | | | | | | | |
|---------------------------------------|--------------------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|
| | 1984 | 1985 | 1986 | 1987 | 1988 | 1989 | 1990 | 1991 | 1992 | 1993 | 1994 |
| | Beträge in Mio. DM | | | | | | | | | | |
| IV. Wohnungswesen und Städtebau | | | | | | | | | | | |
| Einkommen- und Körperschaftsteuer | 7 524 | 6 870 | 6 815 | 7 221 | 7 101 | 5 901 | 5 540 | 6 490 | 7 642 | 9 254 | 10 766 |
| Vermögensteuer | 37 | 40 | 42 | 44 | 46 | 46 | — | — | — | — | — |
| Gewerbsteuer | 92 | 99 | 106 | 110 | 115 | 115 | — | — | — | — | — |
| Gesellschaftsteuer | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| Grundsteuer | 1 240 | 1 080 | 1 060 | 1 040 | 1 000 | 960 | 930 | 825 | 720 | 620 | 520 |
| Wohnungswesen und Städtebau zusammen | 8 893 | 8 089 | 8 023 | 8 415 | 8 262 | 7 022 | 6 470 | 7 315 | 8 362 | 9 874 | 11 286 |
| V. Sparförderung und Vermögensbildung | | | | | | | | | | | |
| Einkommen- und Körperschaftsteuer | 3 130 | 3 125 | 3 010 | 3 310 | 3 350 | 3 915 | 2 625 | 1 390 | 1 450 | 1 460 | 1 500 |
| VI. Übrige Steuervergünstigungen | | | | | | | | | | | |
| Einkommen- und Körperschaftsteuer | 1 170 | 1 244 | 1 300 | 1 434 | 1 491 | 1 630 | 1 240 | 1 290 | 1 340 | 1 380 | 1 440 |
| Vermögensteuer | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 20 | 10 | 10 |
| Gewerbsteuer | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 |
| Umsatzsteuer | 5 350 | 1 580 | 1 675 | 1 350 | 1 520 | 1 400 | 1 515 | 1 925 | 2 180 | 2 580 | 2 720 |
| Versicherungsteuer | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| Kraftfahrzeugsteuer | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 2 | 2 | 2 | 2 |
| Übrige Steuervergünstigungen zusammen | 6 522 | 2 826 | 2 977 | 2 786 | 3 013 | 3 032 | 2 757 | 3 218 | 3 543 | 3 973 | 4 173 |
| Steuervergünstigungen zusammen | 35 606 | 33 992 | 34 107 | 35 131 | 37 369 | 34 873 | 34 308 | 38 980 | 36 986 | 38 144 | 37 410 |
| darunter | | | | | | | | | | | |
| – Einkommen- und Körperschaftsteuer | 24 744 | 24 126 | 23 949 | 25 812 | 27 727 | 25 626 | 24 738 | 28 689 | 29 158 | 30 887 | 30 562 |
| – Vermögensteuer | 46 | 48 | 50 | 67 | 69 | 69 | 33 | 233 | 353 | 393 | 483 |
| – Gewerbsteuer | 149 | 161 | 168 | 172 | 177 | 174 | 114 | 365 | 425 | 270 | 340 |
| – Umsatzsteuer | 8 480 | 7 655 | 7 955 | 7 090 | 7 455 | 6 910 | 7 390 | 7 250 | 4 570 | 4 200 | 3 710 |
| – Versicherungsteuer | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 2 | 2 | 2 | 2 |
| – Kraftfahrzeugsteuer | 371 | 371 | 371 | 443 | 443 | 525 | 425 | 651 | 736 | 756 | 777 |
| – Gesellschaftsteuer | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| – Grundsteuer | 1 240 | 1 080 | 1 060 | 1 040 | 1 000 | 960 | 930 | 825 | 720 | 620 | 520 |
| – Mineralölsteuer | 399 | 386 | 396 | 396 | 367 | 365 | 396 | 546 | 606 | 600 | 600 |
| – Verbrauchsteuern | 176 | 164 | 157 | 137 | 130 | 243 | 281 | 419 | 416 | 416 | 416 |

Sonstige steuerliche Regelungen im Sinne der Anlage 3 der Subventionsberichte im Zeitraum 1984 bis 1994

| | Jahr | | | | | | | | | | |
|--|--------------------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|
| | 1984 | 1985 | 1986 | 1987 | 1988 | 1989 | 1990 | 1991 | 1992 | 1993 | 1994 |
| | Beträge in Mio. DM | | | | | | | | | | |
| I. Einkommen- und Körperschaftsteuer | 13 250 | 13 455 | 13 645 | 14 320 | 13 790 | 15 232 | 7 142 | 8 920 | 9 373 | 14 802 | 15 681 |
| II. Vermögensteuer | 1 161 | 1 261 | 1 291 | 1 350 | 1 450 | 1 450 | 1 545 | 1 645 | 1 750 | 2 205 | 2 350 |
| III. Gewerbesteuer | 18 | 21 | 21 | 21 | 21 | 24 | 24 | 28 | 47 | 141 | 171 |
| IV. Umsatzsteuer | 2 790 | 6 805 | 7 145 | 7 435 | 7 745 | 8 015 | 8 620 | 10 805 | 12 195 | 13 845 | 14 430 |
| V. Gesellschaftsteuer | . | . | . | . | . | . | . | . | . | — | — |
| VI. Versicherungsteuer | 7 | 7 | 7 | 7 | 7 | 10 | 10 | 12 | 14 | 15 | 17 |
| VII. Kraftfahrzeugsteuer | 170 | 140 | 180 | 175 | 175 | 180 | 180 | 210 | 210 | 210 | 210 |
| VIII. Rennwett- und Lotteriesteuer | . | (5) | (5) | 5 | 5 | 5 | 5 | 5 | 5 | 5 | 5 |
| IX. Grundsteuer | . | . | . | . | . | . | . | . | . | . | . |
| X. Erbschaftsteuer | 1 | 1 | 1 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Sonstige steuerliche Regelungen zusammen | 17 397 | 21 690 | 22 290 | 23 313 | 23 193 | 24 916 | 17 526 | 21 625 | 23 594 | 31 223 | 32 864 |

Steuervergünstigungen und sonstige steuerliche Regelungen im Sinne der Anlagen 2 und 3 der Subventionsberichte im Zeitraum 1984 bis 1994

| | Jahr | | | | | | | | | | |
|--|--------------------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|
| | 1984 | 1985 | 1986 | 1987 | 1988 | 1989 | 1990 | 1991 | 1992 | 1993 | 1994 |
| | Beträge in Mio. DM | | | | | | | | | | |
| I. Steuervergünstigungen i. S. der Anlage 2 der Subventionsberichte | | | | | | | | | | | |
| – Einkommen- und Körperschaftsteuer | 24 744 | 24 126 | 23 949 | 25 812 | 27 727 | 25 626 | 24 738 | 28 689 | 29 158 | 30 887 | 30 562 |
| – Vermögensteuer | 46 | 48 | 50 | 67 | 69 | 69 | 33 | 233 | 353 | 393 | 483 |
| – Gewerbesteuer | 149 | 161 | 168 | 172 | 177 | 174 | 114 | 365 | 425 | 270 | 340 |
| – Umsatzsteuer | 8 480 | 7 655 | 7 955 | 7 090 | 7 455 | 6 910 | 7 390 | 7 250 | 4 570 | 4 200 | 3 710 |
| – Versicherungsteuer | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 2 | 2 | 2 | 2 |
| – Kraftfahrzeugsteuer | 371 | 371 | 371 | 443 | 443 | 525 | 425 | 651 | 736 | 756 | 777 |
| – Gesellschaftsteuer | | | | | | | | | | – | – |
| – Grundsteuer | 1 240 | 1 080 | 1 060 | 1 040 | 1 000 | 960 | 930 | 825 | 720 | 620 | 520 |
| – Mineralölsteuer | 399 | 386 | 369 | 369 | 367 | 365 | 396 | 546 | 606 | 600 | 600 |
| – Verbrauchsteuern | 176 | 164 | 157 | 137 | 130 | 243 | 281 | 419 | 416 | 416 | 416 |
| Steuervergünstigungen i. S. der Anlage 2 der Subventionsberichte zusammen | 35 606 | 33 992 | 34 107 | 35 131 | 37 369 | 34 873 | 34 308 | 38 980 | 36 986 | 38 144 | 37 410 |
| II. Sonstige steuerliche Regelungen i. S. der Anlage 3 der Subventionsberichte | | | | | | | | | | | |
| – Einkommen- und Körperschaftsteuer | 13 250 | 13 455 | 13 645 | 14 320 | 13 790 | 15 232 | 7 142 | 8 920 | 9 373 | 14 802 | 15 681 |
| – Vermögensteuer | 1 161 | 1 261 | 1 291 | 1 350 | 1 450 | 1 450 | 1 545 | 1 645 | 1 750 | 2 205 | 2 350 |
| – Gewerbesteuer | 18 | 21 | 21 | 21 | 21 | 24 | 24 | 28 | 47 | 141 | 171 |
| – Umsatzsteuer | 2 790 | 6 805 | 7 145 | 7 435 | 7 745 | 8 015 | 8 620 | 10 805 | 12 195 | 13 845 | 14 430 |
| – Gesellschaftsteuer | | | | | | | | | | – | – |
| – Versicherungsteuer | 7 | 7 | 7 | 7 | 7 | 10 | 10 | 12 | 14 | 15 | 17 |
| – Kraftfahrzeugsteuer | 170 | 140 | 180 | 175 | 175 | 180 | 180 | 210 | 210 | 210 | 210 |
| – Rennwett- und Lotteriesteuer | | (5) | (5) | 5 | 5 | 5 | 5 | 5 | 5 | 5 | 5 |
| – Grundsteuer | | | | | | | | | | | |
| – Erbschaftsteuer | 1 | 1 | 1 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Sonstige steuerliche Regelungen i. S. der Anlage 3 der Subventionsberichte zusammen | 17 397 | 21 690 | 22 290 | 23 313 | 23 193 | 24 916 | 17 526 | 21 625 | 23 594 | 31 223 | 32 864 |
| Steuervergünstigungen und sonstige steuerliche Regelungen i. S. der Anlagen 2 und 3 der Subventionsberichte zusammen | 53 003 | 55 682 | 56 397 | 58 444 | 60 562 | 59 789 | 51 834 | 60 605 | 60 580 | 69 367 | 70 274 |

